

Stand: 20.04 13:00 Uhr

Antragsnr.	Antragsteller*in	Zeile	Änderung	Begründung	Verfahren
<b>T-01: Tagesordnung(von: Landesvorstand (beschlossen am: 15.03.2018))</b>					
<b>L-01: Wir entsorgen die dreckige Stadt: Zero-Waste-Berlin – Eine Zukunft ohne Müll(von: Landesvorstand, Ramona Pop (KV Mitte), Stefan Tidow (KV Pankow))</b>					
L-01-007	Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	7	<p><b>Neuer Titel: Auf dem Weg zu einer ökologischen Stadtgestaltung – Eine Zukunft der Ressourcennutzung</b><b>In Zeile 7 einfügen:</b>Wir wollen daher weg von der Müllhauptstadt Berlin und hin zur Zero Waste-Stadt.<u>Uns geht es um ein ganzheitliches Konzept, welches die Ressourcen der privaten und kommerziellen Sektoren unserer Stadt insgesamt nutzen soll. Wir wollen Müll und Abwasser in ihrer Gesamtheit betrachten, denn nur so können wir uns auf den Weg der ökologischen Stadtgestaltung begeben. Die biologisch abbaubaren Stoffströme werden sich dadurch mehr als verdoppeln. Wir wollen auf die Grundlagen des Müllaufkommens überhaupt einwirken und Produktlebenszyklen und Produktlebenswege verstärkt einbeziehen. Die berechnete Lebensdauer (Obsoleszenz) sowie die Kurzlebigkeit von Produkten aufgrund von technischem Wandel und Mode haben einen wesentlichen Anteil am Müllaufkommen. Deshalb wollen wir, wo immer es möglich ist, die Produktion langlebiger Produkte fördern, denn dem Müllaufkommen vorzubeugen ist besser als liegen gebliebenen Müll einzusammeln. Produkte müssen so produziert werden, dass sie bei „End-of-Life“ einfach und schnell in ihre Komponenten getrennt werden können, die jeweils für sich recycelt werden können. Dieser Anspruch wird normativ und regulativ unterstützt. In Anbetracht der großen Stoffströme an organischer Masse streben wir eine Stadt-Land-Partnerschaft an. Die Stadt nimmt Nahrungsmittel auf und gibt, um den Recyclinganspruch der Ressourcen zu leben, Dünger und Nährstoffe wieder an das Land ab.</u></p>	<p>Es wird ein ganzheitliches Konzept vorgeschlagen, welches ökologische Stadterneuerung genannt wird. Der Zero-Waste-Anspruch ist lediglich eine wichtige Komponente. Zero-Waste beginnt bereits mit der Herstellung der Produkte (Obsoleszenz, Kurzlebigkeit, Recyclebarkeit). Der Antragsteller ist der Ansicht, dass vollständige Ressourcennutzung nur als ganzheitliches Konzept möglich ist.</p>	<p><b>mod. Übernahme: füge ein in Zeile 15:</b>  <b>"Wir wollen auf die Grundlagen des Müllaufkommens überhaupt einwirken und Produktlebenszyklen und Produktlebenswege verstärkt einbeziehen. Die berechnete Lebensdauer (Obsoleszenz) sowie die Kurzlebigkeit von Produkten aufgrund von technischem Wandel und Mode haben einen wesentlichen Anteil am Müllaufkommen. Deshalb wollen wir, wo immer es möglich ist, die Produktion langlebiger Produkte fördern."</b></p>
L-01-007-2	Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	7	siehe Antragstool	siehe Antragstool	zurückgezogen, techn. Fehler

L-01-015	Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	15 <u>Neuer Titel: Auf dem Weg zu einer ökologischen Stadtgestaltung – Eine Zukunft der Ressourcennutzung</u> <u>In Zeile 15 einfügen:</u> bekannteste Beispiel. Müll ist immer noch eine soziale Belastung für die Bürger. Würde er liegen bleiben, wäre es eine ökologische Katastrophe. Seine Gegenwart schädigt Wasser, Boden und Luft. Entsorgung von Müll (und Abwasser) und deren Behandlung lässt sich weiter optimieren. Wir wollen die Lebenswege des in Berlin verbrauchten Plastiks verfolgen, um zu klären, welcher Anteil davon in den Weltmeeren landet. Das geht nur über unsere Wasserwege. Der Wind bläst Plastik umher und schließlich auf das Wasser. Wassersportler können auf Berliner Gewässern Berge von umherschwimmendem Plastik aufsammeln. Ist Plastik einmal auf dem Wasser gelandet, wird es mitbefördert und ist nicht mehr aufzuhalten. Eine Möglichkeit wäre, in schmalen Wasserwegen Plastiksammelrechen auszufahren, die sich bei Annäherung von Booten wieder einfahren oder an den Rand klappen.	Die Aufklärung der Wege des Plastiks in die Ozeane ist von großer Bedeutung. Dazu trägt der Absatz bei. Berlin kann einen bedeutenden Anteil daran haben. Mögliche Massnahmen werden vorgeschlagen.	<b>Abstimmungspaket Abwasser betrifft:</b>  L-01-015 L-01-019 L-01-045 L-01-081 L-01-176 L-01-231
L-01-019	Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	19 <u>In Zeile 19 einfügen:</u> lebenswerte Stadt geht anders. Abwasser nervt nicht, weil es freiwillig abfließt. Dadurch entgeht es bisher der Aufmerksamkeit und Beachtung. Es rauscht friedlich und nahezu unbemerkt, außer dass es aus einigen Gullis heraus stinkt, durch die ca. 10.000 km unterirdischer Kanalisation zu Klärwerken und danach, befreit von organischer Masse, Stickstoff und dem größten Teil des Phosphors, in die Vorfluter. [...] GESAMTER TEXT SIEHE ANTRAGSTOOL	Dieser Antrag richtet sich auf die Bedeutung von Abwasser als organischer Ressource zusammen mit Bioabfall. Für Abwasser wird ein Paradigmenwechsel gefordert, der in der Trennung des häuslichen Abwassers in Grau- und Schwarzwasser liegt. Bioabfall kann mit in die Vakuumtoilette gegeben werden. Die biologischen Stoffströme werden als Einheit gesehen.	<b>Abstimmungspaket Abwasser betrifft:</b>  L-01-015 L-01-019 L-01-045 L-01-081 L-01-176 L-01-231

L-01-032	Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	<p>32 <b>In Zeile 32 einfügen:</b>deponieren – das ist unsere Vision und auf diesen Weg muss sich Berlin machen.<u>Eine Großstadt wie Berlin wird auf Jahrzehnte hinaus nicht frei sein von zu deponierendem Restmüll. Deshalb muss die Antragsüberschrift „Zero-Waste“ gleich wieder relativiert werden. Das ist nicht zielführend. Eine Müllverbrennungsanlage (MVA) produziert mehr an zu deponierendem Restmüll als beispielsweise eine MBA (Mechanisch-Biologische-Anlage). Auf dem Weg zur ökologischen Stadterneuerung wäre es einschneidend und zielführend, jedoch möglicherweise nicht realisierbar, die MVA durch eine MBA zu ersetzen. Jedoch wollen wir eine komplette MBA oder lediglich einen umfangreichen mechanischen Teil, also Mülltrennung, der MVA vorschalten. Der aussortierte Biostoffstrom einer reinen Sortieranlage geht in eine Kläranlage mit noch in Funktion befindlichen Faultürmen. Eine MBA sortiert gründlich in alle möglichen Fraktionen wie beispielsweise Plastik-, Glas-, Metall-, Elektronik- und Biostoffströme. Der Bioanteil wird vergoren, die Gärreste verrottet oder kompostiert. Nur ein Minimum an Stoffströmen ist so kontaminiert, dass es deponiert werden muss. Letzterer lässt sich mit zunehmender Bereitschaft der Bevölkerung, korrekt zu trennen, weiter minimieren. Schließlich würde die MBA auch überflüssig werden. Bis dahin hat sie etliche Erneuerungszyklen hinter sich und End-of-Life erreicht.</u></p>	<p>Um den Anspruch auf Minimierung von zu deponierendem Restmüll zu realisieren wird beantragt, der MVA eine MBA oder nur eine aufwendige mechanische Restabfalltrennung vorzuschalten. Der aussortierte Bioabfallstrom geht in eine Kläranlage mit noch funktionierenden Faultürmen.</p>	<p><b>mod. Ü:</b>  <b>"Wir wollen prüfen ob vor der Müllverbrennung wertvolle Stoffe herausortiert werden können."</b></p>
L-01-037	Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	<p>37 <b>Neuer Titel:</b><u>Auf dem Weg zu einer ökologischen Stadtgestaltung – Eine Zukunft der Ressourcennutzung</u>  <b>In Zeile 37 einfügen:</b>im Bereich Zero Waste fast eine Million Euro zur Verfügung.<u>Anstelle von „Zero-Waste-Stadt“ „Stadt der ökologischen Erneuerung“</u></p>	<p>Dieser Vorschlag dient der Konsistenz der Terminologie</p>	<p><b>zurückgezogen</b></p>

L-01-039	Gudrun Pinn (LAG Umwelt)	39	<p><b>Von Zeile 39 bis 40:</b> Unser Ziel ist es, den Restmüll in der Grauen Tonne <del>deutlich drastisch</del> zu senken und so die Müllverbrennung in Berlin langfristig herunterzufahren anstatt sie auszubauen. <u>Es darf keinen dauerhaften Export von unaufbereitetem, überlassungspflichtigem Restmüll in Müllverbrennungsanlagen außerhalb von Berlin geben und keinen Ausbau der Müllverbrennung in Berlin.</u> Um all das zu</p> <p><b>Von Zeile 43 bis 45:</b> Service und eine verbesserte Tarifstruktur, die auch spürbare ökonomische Anreize zur <u>besseren Trennung schafft, das heißt, den Restabfall zukünftig stärker belastet und die jeweiligen ökologischen Kosten ausdrückt Bioabfalltonne entgeltfrei macht.</u> Wir sind davon überzeugt, dass die Berliner*innen ihren Müll korrekt entsorgen, wenn klar wird, <u>wieso dies ökologisch angebracht ist welcher hohe ökologische Nutzen erzielt werden kann und was genau mit dem Abfall geschieht.</u></p>	<p>Zeile 40: Der Ausbau der Müllverbrennungsanlage würde die Vermeidung, sowie Wiederverwendung und das Recycling konterkarieren und letztlich die Zero-Waste Zielsetzung unterlaufen.</p> <p>Zeile 42: Nötig ist eine nachhaltige Informations- und Motivationskampagne.</p> <p>Zeile 43 / 44: Ohne eine entgeltfreie Biotonne (Finanzierung über die Restmülltonne/ Grundgebühr) fehlen das starke Signal und die Anreizwirkung, die zu einer Qualitäts- und Quantitätsoffensive für die Bioabfallsammlung nötig sind.</p> <p>Zeile 45: Umsetzung des Zero-Waste Zieles <b>Weitere Unterstützer*innen:</b> Marion Hasper (LAG Umwelt), Christoph Sonnenberg-Westeson (KV Spandau), Hans Jörg Henning (KV Steglitz-Zehlendorf), Georg Kössler (KV Neukölln)</p>	<p><b>mod. Übernahme</b></p> <p><b>Zeile 39 bis 40:</b></p> <p><b>"Unser Ziel ist es, den Restmüll in der Grauen Tonne drastisch zu senken und so die Müllverbrennung in Berlin langfristig herunterzufahren anstatt sie auszubauen. Es darf keinen dauerhaften Export von unaufbereiteten, überlassungspflichtigen Restmüll in Müllverbrennungsanlagen außerhalb von Berlin geben. Um all das zu ..."</b></p> <p><b>Zeile 43 bis 45</b></p> <p><b>... Service und eine verbesserte Tarifstruktur, die durch eine entgeltfreie Bioabfalltonne einen Anreiz schafft Müll zu trennen. Wir sind davon überzeugt, dass die Berliner*innen ihren Müll korrekt entsorgen, wenn klar wird, welcher hohe ökologische Nutzen erzielt werden kann und was genau mit dem Abfall geschieht.</b></p>
L-01-045	Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	45	<p><b>In Zeile 45 einfügen:</b> wenn klar wird, wieso dies ökologisch angebracht ist und was genau mit dem Abfall geschieht. <u>einzuschieben ist: "Und mit dem Bioabfall zusammen mit dem Schwarzwasser". der ganze Satz lautet dann: Wir sind davon überzeugt, dass die Berliner*innen ihren Müll korrekt entsorgen wenn klar wird, wieso dies ökologisch angebracht ist und was genau mit dem Abfall und mit dem Bioabfall zusammen mit dem Schwarzwasser geschieht.</u></p>	<p>Bioabfall und Schwarzwasser werden als Einheit gesehen.</p>	<p><b>Abstimmungspaket Abwasser betrifft:</b></p> <p>L-01-015 L-01-019 L-01-045 L-01-081 L-01-176 L-01-231</p>

L-01-051	Peter Schrage-Aden (KV Steglitz-Zehlendorf)	51	<b>In Zeile 51 einfügen:</b> bedroht sind. Hier müssen wir gegensteuern! <u>Wir wrden die Beschaffungsrichtlinie VwVBU, die die öffentliche Hand bindet, konsequent umsetzen und insbesondere des Mehrweggebot bei allen Verträgen der öffentlichen Hand konsequent anwenden und dafür Empfehlungen und Hilfestellungen für die Verwaltung erarbeiten.</u>	Es gibt in Berlin seit 25 Jahren ein Mehrweggebot für die öffentliche Hand, zuletzt konkretisiert in der VwVBU, das aber nicht angewand wird. Schon 91 wurden auf der Grundlage z.B. in Zehlendorf abfallsarme Straßenfeste durchgeführt und entsprechende Auflagen bei Vermietung und Verpachtung ausgearbeitet. Dieses ist in Vergessenheit geraten. Auflagen dahingehend zu formulieren gilt als spießig. Die vor 20 Jahren existierende Infrastruktur - z.B. Geschirrmobile - ist fast zusammengebrochen. Hier muß der Senat und die Bezirke deutlich machen, dass sie es ernst meinen mit der Abfallvermeidung und entsprechende Regelwerke erstellen.  Redaktioneller Hinweis: Es gibt seit 17 Jahren keine Umweltämter mehr in Berlin sondern Umwelt- und Naturschutzämter!!	<b>erledigt durch modifizierte Übernahmen bei L-01-051-3 sowie L-01-81-2</b>
L-01-051-2	Dr. Wolfgang Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	51	<b>In Zeile 51 einfügen:</b> bedroht sind. Hier müssen wir gegensteuern! <u>(stofflicher und werkstofflicher Verwertung)</u>	Geräte etc. werden werkstofflich genutzt. Die Repair-Cafes reparieren werkstofflich. Deshalb muss werkstofflich hinzugefügt werden.	<b>Übernahme</b>
L-01-051-3	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	51	<b>In Zeile 51 einfügen:</b> bedroht sind. Hier müssen wir gegensteuern! <u>Wir wollen die entsprechende Verwaltungsvorschriften im Sinne des Leitbilds "Zero Waste" weiter schärfen, die Wertgrenzen für eine ökologische Beschaffung wieder auf 500 Euro senken. Die öffentliche Hand muss grundsätzlich umweltfreundlich und verpackungsarm beschaffen ("Green Public Procurement").</u>	Die 500 Euro sind aktuelle grüne Beschlusslage und sollten sich auch hier in diesem Antrag wiederfinden. Mit dieser Position sollten wir in die Verhandlungen mit den Koalitionspartnern gehen und versuchen, den 500 Euro möglichs nahe zu kommen. (Rot-Schwarz hatte die Wertgrenzen, ab der ökologisch beschafft werden muss, noch auf 10.000 Euro heraufgesetzt.)	<b>mod. Übernahme:</b> <b>Hier müssen wir gegensteuern!</b> <b>Wir wollen die entsprechende Verwaltungsvorschriften im Sinne des Leitbilds "Zero Waste" weiter schärfen, die Wertgrenzen für eine ökologische Beschaffung wieder auf 500 Euro senken. Die öffentliche Hand muss grundsätzlich umweltfreundlich und verpackungsarm beschaffen ("Green Public Procurement") und die geltenden Verwaltungsvorschriften endlich anwenden.</b>
L-01-063	Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	63	<b>Nach Zeile 63 einfügen:</b> <u>...schlagen wir die Beurteilung der Obsoleszenz sowie die Betrachtung der Lebenswege von Produkten vor. Ebenso schlagen wir eine einfach aufbereitete....</u>	Der Zusammenhang kann über Obsoleszenz, d.h. mehr Abfall durch mehr Umsatz, hergestellt werden.	<b>erledigt durch L-01-007</b>

L-01-070	Nicole Holtz (Berlin-Reinickendorf KV)	70	<p><b>Nach Zeile 70 einfügen:</b><u>Neben dem Kampf gegen Einwegbecher haben Städte wie Seattle und Länder wie Schottland und Frankreich bereits auch Plastikstrohhalm und Plastikbesteck den Kampf angesagt. Ab Juli 2018 wird es in Seattle ein Verbot von Strohhalmen aus Kunststoffen in Restaurants und Bars geben. Schottland plant aktuell ein landesweites Verbot für 2019. Frankreich hat ein Verbot erlassen, nach dem Einwegbesteck ab 2020 nur noch aus kompostierbarem Material sein darf. Wir wollen diesen positiven Beispielen folgen und prüfen entsprechende Verbote von Plastikstrohhalm und Plastikbesteck für Berlin.</u></p>	<p>Mit dem Ideal der „Zero-Waste-Stadt“ vor Augen sollten wir Grüne neben dem „Better World Cup“ auch noch bei weiteren konkreten Produkten ansetzen, um insbesondere Kunststoffmüll gänzlich zu vermeiden. Die im Antrag genannten Beispiele zeigen, dass dies im Fall von Plastikstrohhalm und Plastikbesteck durchaus bereits machbar ist. Wer auf Strohhalme nicht einfach verzichten möchte, für den gibt es beispielsweise Glas, Papier- oder Bambusstrohhalm, im Fall von Besteck gibt es beispielsweise Besteck aus Holz oder essbares Besteck aus Hirse oder Reis als Alternative. Der Effekt wäre dabei durchaus beachtlich. So werden deutschlandweit aktuell jährlich 40 Milliarden Plastiktrinkhalm verbraucht. Aufgrund von geringer Größe und Gewicht von Strohhalmen ist die Gefahr, dass diese nicht korrekt über die Abfalltonne entsorgt werden, sondern in der Umwelt landen, zudem besonders groß.</p> <p>Weitere Antragsunterstützer: Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Eva Plonske (KV Kreisfrei), Jutta Helm (KV Reinickendorf), Reinhard Koppenleitner (KV Reinickendorf), Marius Pöthe (KV Reinickendorf)</p>	<p><b>mod. Übernahme:</b></p> <p><b>Nach Zeile 70 einfügen:</b> <b>"Um dem positiven Vorbild anderer Städte und Länder zu folgen, wollen wir prüfen, welche Maßnahmen Berlin gegen Plastikstrohhalm und Plastikbesteck ergreifen kann."</b></p>
L-01-070-2	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	70	<p><b>In Zeile 70 einfügen:</b>wie es von vielen Initiativen und Umweltverbänden gefordert wird.<u>Sollte ein Mehrwegsystem für "Coffee to go"-Becher sich am Markt nicht alleine durchsetzen, wollen wir bis zu Einführung einer EU-Verpackungssteuer eine Berliner Abgabe auf Einwegbecher. Die Berliner Universitäten haben damit bereits große Fortschritte erzielt.</u></p>	<p>Wir versuchen es ja mit guten Angeboten (Better World Cup, reCup...), doch die Zahl der Einwegbecher sinkt bisher einfach nicht! Manche Akteure wie das Studienwerk aber auch andere Staaten gehen bereits den direkten Weg: Ein finanzieller Anreiz. Was bei Plastiktüten (zum Teil) funktioniert, sollte auch bei den Einwegbechern gehen. Lasst uns sagen, dass wir dieses Instrument durchaus auf dem Tisch haben wollen!</p>	<p><b>mod. Übernahme</b></p> <p><b>"Sollte ein Mehrwegsystem für „Coffee to go“-Becher sich am Markt nicht alleine durchsetzen, wollen wir bis zur Einführung einer EU-Verpackungssteuer uns von Europa bis zum Bezirk auf allen Ebenen für eine Abgabe auf Einwegbechern einsetzen. In wie weit dies in Berlin möglich ist, werden wir dann prüfen."</b></p>
L-01-081	Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	81	<p><b>Nach Zeile 81 einfügen:</b><u>Die Wassertröpfchen aus Trinkbrunnen müssen ergänzt werden durch größere Wassermengen, um Kühlung durch Verdunstung durch Pflanzen zu erreichen. Ein Baum verdunstet z.B. 400 Liter Wasser. Eine Wasserquelle wäre behandeltes Grauwasser. Bei dieser Vorgehensweise könnten kühlere Mikroklimata aufrecht erhalten werden.</u></p>	<p>Grauwasser kann zur Schaffung eines Mikroklimas verwendet werden.</p>	<p><b>Abstimmungspaket Abwasser betrifft:</b></p> <p>L-01-015 L-01-019 L-01-045 L-01-081 L-01-176 L-01-231</p>

L-01-081-2	Georg P. Kössler (KV Neukölln)	81	<b>In Zeile 81 einfügen:</b> und ein ökologischer Irrwitz ist. <u>Deshalb werden wir den Verkauf solcher in öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften bis zum Ende der Legislatur einstellen und werden dazu auch z.B. Lizenzen für Kioskbetreiber oder Catering-Ausschreibungen anpassen.</u>	Egal ob Abgeordnetenhaus-Kantine oder Kiosk auf dem Tempelhofer Feld, wir haben Einfluss auf das, was da angeboten wird. Lasst uns beide Instrumente nutzen: Anreize und Ordnungspolitik. Mit unserem 1 Mio. €-Trinkwasserbrunnen-Programm beginnen wir den flächendeckenden Ausbau des Angebots. Deshalb dürfen wir langsam auch mit der Einschränkung des Verkaufs beginnen.	<b>mod. Übernahme:</b>  <b>Zeile 70 am Ende einfügen:</b>  "Um Einwegplastik-Flaschen weiter einzudämmen, wollen wir zukünftig den Verkauf dieser bei allen neu abzuschließenden Verträgen für Verkaufsstellen oder Catering in öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften untersagen." "
L-01-086	Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	86	<b>Nach Zeile 86 einfügen:</b> Plastikfreies Einkaufen kann auch durch Wiederbelebung des alten Einkaufsnetzes unterstützt werden. <u>Es lässt sich auf ein unscheinbar kleines Volumen zusammenfalten bzw. auf 5 bis 10 Liter ausweiten, um Lasten aufzunehmen.</u>	Plastikfreies Einkaufen kann durch das früher so oft verwendete Einkaufsnetz unterstützt werden	<b>modifizierte Übernahme:</b> <b>Einfügen in Zeile 85 nach "Leben": "</b> zum Beispiel durch das Benutzen eines Einkaufsnetzes,"
L-01-093	Nikolai Wolfert, KV Pankow	93	<b>In Zeile 93 einfügen:</b> und Endenentwickeln sich Initiativen und Start Ups, die altes wiederverwenden,	Schreibfehler	<b>Übernahme</b>
L-01-104	Nikolas Becker (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	104	<b>In Zeile 104 einfügen:</b> sind. <u>Wir wollen uns außerdem für ein „Recht auf Reparatur“ einsetzen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, Ersatzteile anzubieten sowie Reparaturanleitungen zu veröffentlichen.</u>	Oft „lohnt“ sich eine Reparatur von Elektrogeräten aus ökonomischen Erwägungen für den Verbraucher nicht. Durch entsprechende Offenlegungs- und Dokumentationspflichten für Hersteller könnten Reparaturen vereinfacht somit auch günstiger werden. Gleichzeitig sollen Hersteller angehalten werden, auch langfristig Ersatzteile und Software-Aktualisierungen bereit zu stellen, um Reparaturen zu ermöglichen. Ein solches „Recht auf Reparatur“ wird daher von vielen Verbraucherschützern wie dem Verbraucherzentrale Bundesverband gefordert. Entsprechende Gesetze wurden bereits von mehreren U.S.-Bundesstaaten verabschiedet. Auch Berlin sollte eine Vorreiterrolle in der Reparatur-Bewegung einnehmen und sich für ein „Recht auf Reparatur“ einsetzen.	<b>mod. Übernahme:</b> <b>"Wir wollen uns außerdem für ein „Recht auf Reparatur“, wie es auch die Verbraucherzentrale fordert, einsetzen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, Ersatzteile anzubieten sowie Reparaturanleitungen zu veröffentlichen."</b>

L-01-132	Gudrun Pinn (LAG Umwelt)	132	<p><b>In Zeile 132 einfügen:</b>Möglichkeit durchaus zunehmend. <u>Zukünftig soll ein Biogutaufkommen (basierend auf Untersuchungen der Senatsumweltverwaltung) von 85.000 Tonnen pro Jahr zusätzlich abgeschöpft werden, um den Einstieg in die Zero-Waste Zielsetzung zu beginnen.</u>Leider gibt es die Biotonne noch nicht überall und nur <b>Von Zeile 136 bis 139:</b>Bioabfällen aus allen Haushalten zur kommunalen Pflicht gemacht hat. Unter grüner Regierungsbeteiligung wird das anders: <u>der Anschluss- und Benutzungszwang wird umgesetzt.</u> Die Koalition macht nun ernst mit der flächendeckenden Sammlung des Bioabfalls. So ist es im Koalitionsvertrag verabredet und nur so lässt sich die dort ebenfalls vereinbarte Zero_Waste-Strategie umsetzen</p> <p><b>In Zeile 156 löschen:</b>Haushalten anbieten, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll zu reduzieren.</p>	<p>Zeile 132: Die Zielvorgabe ist umsetzbar, zumal bei einem Wachstum der Bevölkerung und einer flächendeckenden Bioabfallsammlung deutlich mehr Bioabfall zu erwarten ist. Zeile 137: Mit einem Anschluss- und Benutzungszwang und einer entsprechenden Kontrolle bzw. Beratung ist das notwendige Instrument gegeben, mit dem die Umsetzung realisiert werden kann.<b>Weitere Unterstützer*innen:</b>Marion Hasper (LAG Umwelt), Christoph Sonnenberg-Westeson (KV Spandau); Hans Jörg Henning (KV Steglitz-Zehlendorf)</p>	<p><b>mod. Übernahme:</b></p> <p><b>Statt in Zeile 132 in Zeile 140 nach „bewirken“ einfügen:</b>  <b>"Wir nehmen es nicht weiter hin, dass noch immer gut 40 Prozent Organik im Restmüll landet. "Mit der flächendeckenden Biotonne und mit Anreizen und einer Informationskampagne, werden wir die Berliner*innen motivieren engagiert Müll zu trennen und Bioabfall zu sammeln. Wir sehen so das Potential zukünftig bis zu doppelt so viel Bioabfall im Vergleich zu heute zu sammeln."</b></p> <p><b>Änderung in Zeile 136 bis 139:</b> Zurückgezogen</p> <p><b>Änderung in Zeile 156:</b> Zurückgezogen, da technischer Fehler</p>
L-01-144	Gudrun Pinn (LAG Umwelt)	144	<p><b>Von Zeile 144 bis 148:</b>Mit der verbindlichen Ausweitung der <del>Biosammlung</del><b>Bioabfallsammlung</b>, für die es nur wenige Ausnahmen bei gesicherter Eigenkompostierung geben darf, muss die <u>hochwertige stoffliche und energetische Verwertung der organischen Abfälle optimiert</u> <del>aller Berliner Bioabfälle sichergestellt werden. Sollte</del> <u>Da bereits jetzt vordem</u> Hintergrund der konkreten Stoffströme Kapazitäten für die Vergärung fehlen, müssen diese Kapazitäten durch eine weitere Vergärungsanlage geschaffen werden, <u>die eine Klimagasentlastung schafft und bis 2021 betriebsbereit ist.</u> Dennes <del>gilt</del> <u>einer möglichen Klimabelastung durch eine minderwertige Verwertung zusätzlicher Bioabfallmengen wollen wir frühzeitig entgegen treten, für uns gilt:</u> vergären geht vor</p> <p><b>In Zeile 156 löschen:</b>Haushalten anbieten, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll zu reduzieren.</p>	<p>Zeile 145 / 146: Schärfung und Konkretisierung in der Formulierung, um sicherzustellen, dass ein ökologischer Nutzen erzielt wird.          Zeile 146 / 148: Konkretisierung der Zeitschiene und Sicherstellung einer hochwertigen Verwertung! Für Planung und Bau einer klimatauglichen Vergärungsanlage werden ca. 3-4 Jahre benötigt. Weitere Unterstützer*innen: Marion Hasper (LAG Umwelt), Georg Kössler (KV- Neukölln), Christoph Sonnenberg-Westeson (KV Spandau), Hans Jörg Henning (KV Steglitz-Zehlendorf)</p>	<p><b>mod. Übernahme:</b>  <b>Mit der verbindlichen Ausweitung der Bioabfallsammlung, für die es nur wenige Ausnahmen bei gesicherter Eigenkompostierung geben darf, muss die hochwertige stoffliche und energetische Verwertung aller Berliner Bioabfälle sichergestellt werden. Die steigenden Bioabfallmengen machen zusätzliche Kapazitäten zur Vergärung erforderlich und werden mit Nachdruck angegangen. Die Planung zur Schaffung dieser Kapazitäten muss parallel zur Ausweitung der Bioabfallsammlung gestartet werden, um einer Klimabelastung durch eine minderwertige Verwertung der zusätzlichen Bioabfallmengen vorzubeugen. Denn für uns gilt: vergären geht vor kompostieren.</b></p>

L-01-156	Nicole Holtz (Berlin-Reinickendorf KV)	156	<p><b>In Zeile 156 löschen:</b>Haushalten anbieten, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll zu reduzieren</p> <p><b>In Zeile 165 einfügen:</b>Gewerbeabfall an die BSR und die <u>Abfälle</u> werden deshalb verbrannt. Uns ist klar: Wenn nie bei den</p>	<p>Grammatikalische Korrektur (denn wir wollen ja keine Geschäftsleute verbrennen)</p> <p>Weitere Antragsunterstützer: Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Eva Plonske (KV Kreisfrei), Jutta Helm (KV Reinickendorf), Reinhard Koppenleitner (KV Reinickendorf), Marius Pöthe (KV Reinickendorf)</p>	<p><b>Streichung der Zeile 156 wird zurückgezogen, da technischer Fehler</b></p> <p><b>Einfügung in Zeile 165 wird übernehmen</b></p>
L-01-156-2	Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	156	<p><b>In Zeile 156 löschen:</b>Haushalten anbieten, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll zu reduzieren</p> <p><b>Nach Zeile 169 einfügen:</b><u>Wichtig ist außerdem das Mitgehen der Güterproduktion, des Handels, des Gewerbes, des Handwerks und der vielen sonstigen Betriebe zur Verwirklichung unserer Zero-Waste Vision der ökologischen Stadtgestaltung in Berlin. Seit August letzten Jahres gilt die novellierte Gewerbeabfallverordnung mit ihren neuartigen Anforderungen und Dokumentationspflichten zur getrennten Sammlung von Gewerbeabfällen. Auch für diese Zielgruppen werden wir weitergehende Informationsangebote bereitstellen, damit zeitnah alle qualitativ hochwertig recycelbaren Abfälle in den Verwertungskreislauf eingebracht werden. Momentan übergeben immer noch zu viele Gewerbetreibende ihre Gewerbeabfälle als gemischten Gewerbeabfall an die BSR und werden in der vorgeschlagenen der MVA vorgeschalteten MBA sortiert und dann erst verbrannt. Uns ist klar: Wenn nie bei den Betrieben nachgefragt und nachschaut wird, passiert zu wenig. Wir brauchen auch einen funktionierenden Vollzug, der von den bezirklichen Umweltämtern gewährleistet werden muss. Nicht nur für diese Aufgabe wollen wir die bezirklichen Umweltämter wieder personell stärken und somit als handlungsfähigen Partner an unserer Seite wissen.</u></p>	<p>Ergänzungen zur Güterproduktion, der Terminologie und zu dem Vorschlag, der MVA eine MBA vorzuschalten.</p>	<p>siehe L-01-032</p>
L-01-156-3	Gudrun Pinn (LAG Umwelt)	156	<p><b>In Zeile 156:</b>Haushalten anbieten <u>zusätzliche Möglichkeiten und Anreize bieten</u>, bei Aufstellung einer Biotonne ihren Restmüll <u>und dessen Abholkosten weiter zu reduzieren. Dafür gilt es, das Mindestabfallvolumen der Restmülltonne auf 15 Liter pro Haushalt und Woche zu senken und einen entsprechend günstigen Tarif für „Restmüllsparer“ mit einer kleinen bzw. seltener abzuholenden Tonne zu schaffen.</u></p>	<p>Zeile 156: Für eine reale Gebühreneinsparung der Bürger ist die verbleibende Restmüllmenge entscheidend. Kann z.B. die Restmülltonne 14-tägig abgeholt werden, halbieren sich die Kosten. Ein solches Modell besteht bei der Hamburger Stadtreinigung bereits in der Praxis. <b>Weitere Unterstützer*innen:</b> Marion Hasper (LAG Umwelt), Christoph Sonnenberg-Westeson (KV Spandau), Hans Jörg Henning (KV Steglitz-Zehlendorf), Georg Kössler (KV Neukölln)</p>	<p><b>mod. Übernahme:</b></p> <p><b>"Obendrein werden wir zusätzliche Anreize schaffen, um durch weniger Restmüllvolumen Kosten zu sparen."</b></p>
L-01-176	Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	176	<p><b>In Zeile 176 einfügen:</b>bestreiten. <u>Mit ihr wollen wir das Konzept der Stadt-Land-Partnerschaft umsetzen. Die BWB sind ebenso sehr modern und innovativ. Mit ihr wollen wir das Konzept des Paradigmenwechsels und der Stadt-Land-Partnerschaft umsetzen. Mit den BWB wollen wir neue Wege gehen. Pilotprojekte mit Abwassertrennung in Grau- und Schwarzwasser in Neubaugebieten, deren separate Behandlung und Recycling der Nährstoffe sollen durchgeführt werden.</u></p>	<p>BSR und BWB sind starke Partner zur Umsetzung der ökologischen Stadterneuerung</p>	<p><b>Abstimmungspaket Abwasser betrifft:</b></p> <p>L-01-015 L-01-019 L-01-045 L-01-081 L-01-176 L-01-231</p>

L-01-192	Nicole Rudner (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)	192	<b>In Zeile 192 einfügen:</b> Stiftung Naturschutz gefördert werden können, ausbauen und fördern. <u>Hierzu gehört auch ein Bewusstsein zu schaffen für die fatale Müllproduktion durch online-Einkäufe und die entsprechenden Lieferservices.</u>	Durch zunehmende online-Einkäufe entsteht nicht nur zusätzliches Verkehrsaufkommen in der Stadt durch Lieferservice sondern auch Unmengen von Verpackungsmüll. Da nützt es auch nichts, wenn alle Kartons schön in die Papiercontainer gepackt werden. Insgesamt ist das sicherlich keine waldschonende Verhaltensweise. Die Frage ist, wie die externen (Umwelt) Kosten angemessen in die neuen Geschäftsmodelle eingepreist werden können, wie man gezielt Anreize setzt, dieses Thema mit wachsender Bedeutung nicht unter den Tisch fallen zu lassen.	<b>Übernahme</b>
L-01-192-2	Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	192	<b>In Zeile 192 einfügen:</b> Stiftung Naturschutz gefördert werden können, ausbauen und fördern. <u>Die Hersteller der Produkte sind gefordert. Obsoleszenz zu betrachten und Wiederverwertbarkeit der Komponenten gebauter Geräte und Anlagen bei End-of-Life zu verwirklichen. Dies ist ein dynamischer Prozess, der normativ und regulativ unterstützt und begleitet wird. Die Schweiz ist Vorbild im Recyceln von Bauschutt, der zu 95% zu Baumaterial umgewandelt werden kann. Es gibt dort zwar eine Verordnung für den Abriss von Gebäuden, aber nicht für den Neubau, solche Materialien aus Altbauten zu verwenden.</u>	Umweltfreundliche Herstellung von Produkten, die geringe Müllmengen erzeugen	<b>erledigt durch L-01-007</b>
L01-213	Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	213	In Zeile 213 einfügen:  gepflegte und hochwertige Grünanlagen wirklich umsetzen zu können. <u>Und gerade Anwohner*innen, die aufgrund eines gestiegenen Besuchsaufkommens im Kiez häufig auch mit einem erhöhten Müllaufkommen im öffentlichen Raum belastet sind, sollen bei der entsprechenden Beseitigung durch die BSR nicht noch zusätzlich durch höhere Reinigungsgebühren zur Kasse gebeten werden.</u>		<b>Übernahme</b>
L-01-231	Dr. W. Tentscher (KV Steglitz-Zehlendorf)	231	<b>In Zeile 231 einfügen:</b> Die ersten Schritte dazu sind bereits getan, viele weitere werden noch folgen. <u>Berlin wird nicht nur sauberer, sondern auch ökologischer. Trotz einer wachsenden Stadt werden wir den Müll verringern, Abwasser mittels Paradigmenwechsels nutzen, die Stadt-Land-Verbindung ausbauen und die „Müllhauptstadt Berlin“ zur Stadt der ökologischen Erneuerung Zero-Waste-Stadt umbauen.</u>	Müll ist eine wichtige Komponente zur ökologischen Stadterneuerung. Unser Anspruch, Müll zu minimieren, beginnt bei der Güterproduktion, vereint die Potentiale von Abfall und Abwasser, geht zur Optimierung des Recyclings von Ressourcen eine Stadt-Land-Partnerschaft ein und schaltet der MVA eine MBA vor. Das ist das ganzheitliche Konzept, um auf dem Weg zur ökologischen Stadterneuerung Erfolg zu verz eichnen.	<b>Abstimmungspaket Abwasser betrifft:</b>  <b>L-01-015</b> <b>L-01-019</b> <b>L-01-045</b> <b>L-01-081</b> <b>L-01-176</b> <b>L-01-231</b>

<b>L-02: Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität sichern!(von: Landesvorstand)</b>					
L-02-001-2	Dirk Jordan	1	<b>Neuer Titel:</b> Berliner Kita: Unsere Großprojekte sind die Kleinen – Personal stärken, Qualität <u>verbessern!</u>	Auch in der Überschrift soll es statt "sichern" "verbessern" heißen Diese Änderungen werden unterstützt von: Hans-Jürgen Kuhn, LAG Bildung Jörg Staudemeyer, LAG Bildung Ingrid Lienke, KV Charl-Wilm + AK KiJuFa	<b>Zurückgezogen</b>

L-02-014	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	14	<p><b>In Zeile 14 einfügen:</b> Erzieher*innen und anderen Fachkräften in Kitas, Kinderläden, <u>Ganztagsschulen</u></p>	<p>An Berliner Ganztagschulen arbeiten mehr als 7500 Erzieher*innen. Daher müssten die Ganztagschulen als Arbeitsort von Erzieher*innen mit aufgezählt werden!</p>	<p><b>mod Ü: In Zeile 14 einfügen:</b>  <b>Erzieher*innen und anderen Fachkräften in Kitas, Kinderläden - aber natürlich auch in allen anderen Bereichen wie zum Beispiel Ganztagschulen und anderen Einrichtungen - endlich den nötigen Respekt ...</b></p>
L-02-015	Cordula Streich und Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)	15	<p><b>Von Zeile 15 bis 16:</b>endlich den nötigen Respekt für ihre Aufgabe entgegenbringen.<u>Das Nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ wollen wir in besonders benachteiligten Stadtteilen die herausfordernden Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen durch zusätzliches Personal verbessern. Darüber hinausdrückt sich natürlich unsere Wertschätzung -nicht nur, aber eben auch -in der Bezahlung aus—aber eben auch. Bündnis 90/Die Grünen Berlin setzen sich</u></p>		<p>erledigt durch mod Ü L-02-67</p>

L-02-017	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	17	<p><b>In Zeile 17 einfügen:</b> deshalb für eine deutlich bessere Bezahlung von Erzieher*innen ein. <u>Nach Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR) wird der Beruf der Erzieher*innen dem Niveau 6 zugeordnet, was einem Bachelorabschluss gleichzusetzen ist. Im Tarifvertrag der Länder (TV-L) wird ein Bachelorabschluss mit der Entgeltgruppe 9 bewertet. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Erzieher*innen, ähnlich wie Sozialarbeiter*innen, in die Entgeltgruppe 9 eingruppiert werden. Bis wir jedoch dieses Ziel erreichen, werden wir uns dafür einsetzen, dass im Rahmen der tariflichen Möglichkeit, mindestens zwei Erfahrungsstufen vorweg gewährt werden. Bei den Lehrkräften wird diese Möglichkeit bereits angewendet. Die Vorweggewährung von Erfahrungsstufen ist für das Land Berlin jetzt schon möglich! Erzieher*innen sind genauso wert, wie Lehrkräfte! Diese Praxis wird eine spürbar bessere Bezahlung mit sich bringen. Darüberhinaus setzen wir uns dafür ein, dass als Übergangslösung der Tarifabschluss für die Kommunalbeschäftigten aus die Landesbeschäftigten übertragen werden. Wir werden auch dafür sorgen, dass Beschäftigte bei freien Trägern tariflich den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gleichgestellt werden. Damit schaffen wir die Bedingungen für eine gleiche und gerechte Bezahlung aller Erzieher*innen. Dafür werden wir die Landesgesetzen und Rahmenvereinbarungen bzw. Finanzierungsverordnungen, die Regelungen zum Nachweis der Mittelverwendung präzisieren und die Zuschussgewährung an den Nachweis tarifvertraglicher Entgeltleistungen zu koppeln.</u></p>	<p>1. Eine "deutlich bessere Bezahlung" ist eine ungenaue Formulierung. Die Formulierung ist auch sehr subjektiv. Berlin kann bereits tariflich Erzieher*innen besser bezahlen.  2. Die Zuwendungen der Länder und die Beteiligung der Kommunen werden über Vereinbarungen mit den Einrichtungsträgern entweder in Form von pauschalisierten Entgelten oder auf der Grundlage der Abrechnung tatsächlicher Kosten abgewickelt. Dabei werden Personalkosten in der Regel bis zur Höhe der im TVöD/TVL vorgesehenen Beträge angesetzt, sofern nicht andere Tarifverträge für die Ermittlung der Personalkosten maßgeblich sind. Während die öffentlichen Träger per se Personalkosten in Höhe der Tarife des öffentlichen Dienstes aufzuwenden haben, sind freie Träger ohne Tarifbindung zunächst nicht daran gebunden. Es sei denn, sie werden veranlasst, gegenüber dem öffentlichen Zuwendungsgeber darüber oder über die Anwendung eigener Tarifverträge einen Nachweis zu erbringen.</p>	<p><b>mod Ü: in Zeile 117 nach "... angehoben werden." bis Zeile 122 streichen und ersetzen durch: Qualifikationsniveau ist neben dem konkreten Tätigkeitsprofil eines der zentralen Kriterien der Eingruppierungssystematik in allen Tarifverträgen im Öffentlichen Dienst. Für uns Grüne ist daher völlig klar, dass Erzieher*innen im Tarifvertrag der Länder (TV-L) auch entsprechend eingruppiert werden müssen, nämlich mindestens in die Entgeltgruppe 9. Wir erwarten, dass Berlin in den Tarifverhandlungen der Länder 2019 dafür mit Nachdruck kämpft. Gleichzeitig wollen wir die für uns als Bundesland existierenden Möglichkeiten des geltenden TV-L ausschöpfen, so wie das bei den Lehrer*innen bereits seit Jahren geschieht, nämlich durch die Vorweggewährung von Erfahrungsstufen. Diese Praxis wird eine spürbar bessere Bezahlung mit sich bringen. Darüberhinaus setzen wir uns dafür ein, dass als Übergangslösung der Tarifabschluss für die Kommunalbeschäftigten auf die Landesbeschäftigten übertragen wird. Wenn die Tarifverhandlungen 2019 nicht die von uns erwartete deutlich bessere Bezahlung bringen, ist für uns aber auch klar: so wie Hamburg einen eigenen Weg gegangen ist, werden wir prüfen, welche weiteren Möglichkeiten das Land Berlin hat, Erzieher*innen besser zu bezahlen und Anreize zu bieten, diesen Beruf zu ergreifen.</b></p>
L-02-020	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	20	<p><b>In Zeile 20 einfügen:</b>Für die Zukunft unserer Gesellschaft leisten Kitas, Kinderläden und die Kindertagespflege, <u>die Ganztagschulen</u></p>	<p>Wir dürfen die 7500 Erzieher*innen an Ganztagschulen nicht vergessen!</p>	<p><b>zurückgezogen</b></p>

L-02-021	Deniz Yildirim (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	21	<p><b>Von Zeile 21 bis 22:</b> einen unschätzbaren wertvollen Beitrag. Einem Kind – unabhängig vom sozialen oder kulturellen Hintergrund oder (zugeschriebenem) Migrationshintergrund.</p> <p><b>Von Zeile 25 bis 27:</b> Elternhaus und der damit erfahrenen Diskriminierung. Viel zu häufig gilt: Wer arm geboren ist, wird auch arm sterben. Diese Tatsache wollen wir nicht hinnehmen und kämpfen für mehr Chancengerechtigkeit. Um diese zu erreichen, muss man so früh wie möglich beginnen; begonnen werden; wenn Kinder in die Schule kommen, sind die</p>	<p>Chancengerechtigkeit - bzw. die Diskriminierung, die Chancengerechtigkeit verhindert, ist abh. vom sozialen Status und der (zugeschriebenen) Migrationsgeschichte. Gerade für Kinder und Jugendliche zeigt sich ganz unabh. vom sozialen Status, dass sie aufgrund des MHS diskriminiert werden! Da beide Merkmale zu Diskriminierung führen, müssen auch beide Merkmale im Absatz konsequent durchdekliniert werden.</p>	<p><b>Mod. Ü.:</b>  <b>Zeile 21: nach wertvollem Beitrag: Jedem Kind alle Chancen zu geben....</b>  <b>Zeile 25 nach "Elterhaus": Armut und zugeschriebener Migrationshintergrund führen häufig zu schlechteren Chancen für Kinder.</b>  <b>Dafür löschen: "Viel zu häufig gilt ... sterben".</b></p>
L-02-026	Vito Dabisch (LAG Bildung)	26	<p><b>In Zeile 26 löschen:</b> wollen wir nicht hinnehmen und kämpfen für mehr Chancengerechtigkeit. Um diese zu erreichen,</p>	<p>unnötige Einschränkung.</p>	<p>Ü</p>
L-02-026-2	Vito Dabisch (LAG Bildung)	26	<p><b>Von Zeile 26 bis 28:</b> wollen wir nicht hinnehmen und kämpfen für mehr Chancengerechtigkeit <u>Chancengleichheit</u>. Um diese zu erreichen, muss man so früh wie möglich beginnen; wenn Kinder in die Schule kommen, sind die wichtigsten Grundlagen längst gelegt. Wer Chancengerechtigkeit <u>Chancengleichheit</u> erreichen will, muss früher</p>	<p>Grüne Politik sollte sich immer daran orientieren, allen Kindern die gleichen Chancen zu geben, ein glückliches Leben zu führen. Das Konzept der Chancengerechtigkeit kommt aus konservativen Kreisen und kann genutzt werden, um Ungleichheit zu legitimieren. Für mehr Hintergrund, siehe Literaturangaben im Antragstool</p>	<p>Ü</p>
L-02-029	Dirk Jordan, LAG Bildung	29	<p><b>In Zeile 29 einfügen:</b> ansetzen – und zwar bei den Kleinsten, in der Krippe und der Kita. <u>Was ist zu tun? Zum einen müssen die Erzieher*innen deutlich in allen Bereichen gestärkt werden und zum anderen muss die gesellschaftliche Funktion der Kitas als Bildungseinrichtung und Pfeiler gesellschaftlichen Zusammenhalts weiterentwickelt werden. I. Stärkung der Erzieher*innen</u></p>		<p>Ü</p>
L-02-039	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	39	<p><b>In Zeile 39:</b> Gleichzeitig leistet das <u>pädagogische</u> Personal in Krippen, Kindertagespflege und Kitas auch deshalb</p>		<p><b>mod. Ü. In Zeile 39: Gleichzeitig leistet das Personal in der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung auch deshalb ...</b></p>
L-02-039-2	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	39	<p><b>In Zeile 39:</b> Gleichzeitig leistet das Personal in Krippen, Kindertagespflege und Kitas und <u>Ganztagsschulen</u></p>	<p>Mündlich</p>	<p><b>zurückgezogen</b></p>
L-02-049	Ulli Reichardt (Berlin-Kreisfrei KV)	49	<p><b>Von Zeile 49 bis 53:</b> Und auch die Rolle der Kita beim Thema <u>Diversität, Integration und Inklusion</u> kann kaum überschätzt werden. Im Kitaalter sind Kinder noch offen und kaum von Vorurteilen und eingeübten Verhaltensmustern beeinflusst. Sie spielen miteinander ohne <u>Rücksicht auf nach Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung zu unterscheiden</u>. Wer in der Kita einen selbstverständlichen Umgang mit Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen und Menschen mit und ohne Behinderung <u>gesellschaftlicher Vielfalt</u> lernt,</p>	<p>Erfolgt mündlich.          Weitere Antragsteller*innen/Unterstützer*innen: Sebastian Walter, Maria Meisterernst, Claus Enbergs (KV Kreisfrei), Santina Wey (KV Tempelhof-Schöneberg), Pascal Striebel (KV Xhain)</p>	<p>Ü</p>

L-02-049-2	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	49	<p><b>Von Zeile 49 bis 54 streichen und einfügen:</b> <u>Inklusion bedeutet, dass Kinder und Erwachsene sich auch mit Vorurteilen auseinandersetzen. Ja, auch Kinder haben Vorurteile! Daher werden wir dafür uns einsetzen, dass vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung ihren Platz in den pädagogischen Einrichtungen findet! Außerdem werden wir mehr PoC's für die pädagogischen Einrichtungen gewinnen!</u></p>		<p><b>mod Ü:</b> einfügen nach Zeile 50:          "... werden. Im Kitaalter sind Kinder noch offener und können spielerisch vorurteilsbewusstes Verhalten lernen; Sie können in der richtigen Umgebung miteinander ohne Rücksicht auf Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung spielen."</p> <p><b>mod Ü</b> einfügen nach Zeile 190:          Auch Kinder haben Vorurteile; Verhaltensmuster erlernen sie jedoch erst. Doch auch Kinder im Kitaalter bringen bereits gewisse eingeübte Rollen mit. Daher setzen wir uns dafür ein, dass vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung ihren Platz in den pädagogischen Einrichtungen findet, Erzieher*innen entsprechend aus- und fortgebildet werden und die Vielfalt der Gesellschaft sich auch im Personal der Kita widerspiegelt.</p> <p><b>Mod Ü:</b> Dann weiter ab Zeile 193          "... Regel begeistert. Es tut den Kindern gut, vielfältige Vorbilder zu haben. Wir brauchen mehr Männer in den Kitas - denn neben den positiven ...</p>
L-02-054	Bernd Schwarz	54	<p><b>In Zeile 54 einfügen:</b> wird auch in der Schule und im späteren Leben damit selbstverständlicher</p>	erfolgt mündlich	Ü

L-02-054-2	Vito Dabisch (LAG Bildung)	54	<p><b>In Zeile 54 einfügen:</b>wird auch in der Schule und im späteren Leben damit selbstverständlich umgehen.<u>Leider sind Kinder aus verschiedenen Elternhäusern oft schon im Kitaalter getrennt, gerade Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache sind davon betroffen. Das läuft unserem Ziel von Integration und Inklusion durch Kita zuwider.</u></p> <p><b>In Zeile 63 einfügen:</b>müssen bis zum Jahr 2021 weitere 25.000 Plätze in den Kindertagesstätten geschaffen werden. Doch auch den Tendenzen der sozialen und sprachlichen Segregation müssen wir entgegenwirken. Die Deckelung der Zuzahlung zum Kitabeitrag und Segregationsanalysen können dabei nur erste Schritte sein. Wir werden ein Konzept erarbeiten, das Segregation entgegenwirkt und prüfen dabei Anreizmodelle und Quotenregelungen.</p>	<p>Bisher gehen wir nur implizit auf die Segregation von Kindern in Kitas ein, obwohl das unserem Ziel des gemeinsamen Spielens unterschiedlicher Schichten entgegensteht. Wir sollten das Problem benennen und uns Lösungen überlegen.</p> <p>Weitere Informationen: <a href="http://www.diw.de/de/diw_01.c.573947.de/themen_nachrichten/neue_diw_studien_unterstreichen_die_bedeutung_der_kita_qualitaet_fuer_die_entwicklung_von_kindern.html">http://www.diw.de/de/diw_01.c.573947.de/themen_nachrichten/neue_diw_studien_unterstreichen_die_bedeutung_der_kita_qualitaet_fuer_die_entwicklung_von_kindern.html</a></p>	<p><b>mod Ü zusammen mit L-02-58: nach Zeile 323 einfügen:</b>  <b>Tendenzen der sozialen und sprachlichen Segregation, die viel zu häufig auch schon in der Kita stattfindet, sagen wir den Kampf an. Es gilt, zu analysieren, wie der Segregation schon im Kitaalter entgegen gewirkt werden kann. In diesem Zusammenhang sollte die Abschaffung der Kitagebühren für mehr Chancengleichheit sorgen und den kostenfreien Zugang zur frühkindlichen Bildung ermöglichen. Die Realität sieht leider anders aus. Zuzahlungen für Kurse und AG's werden erhoben, die Bereitschaft diese zu zahlen ist sogar all zu oft Bedingung für einen Kitaplatz. Der Geldbeutel der Eltern entscheidet somit immer noch über den Zugang zur Bildung. Dass neben nachvollziehbaren Zuzahlungen für Frühstück oder Vesper, hohe Summen für Kurse und Arbeitsgemeinschaften eingefordert werden verdeutlicht, den Kitas fehlen die Mittel, um Projekte, AG's und Kurse eigenständig anzubieten. Wir setzen uns für eine die bessere finanzielle Ausstattung der pädagogischen Einrichtungen, damit kein Kind ausgeschlossen wird und alle Kinder die gleichen Bildungschancen erhalten! Die Deckelung der Zuzahlung zum Kitabeitrag und Segregationsanalysen können dabei nur erste Schritte sein. Wir entwickeln entsprechende Strategien und erwarten vom Senat ein Konzept, das Segregation entgegenwirkt und Anreize schafft, damit in der ganzen Stadt Kinder aus unterschiedlichsten Familien gemeinsam in die Kita gehen.</b></p>
------------	----------------------------	----	--	---	--

L-02-054-3	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 15.04.2018)	54	<u>In Zeile 54 einfügen:</u> wird auch in der Schule und im späteren Leben damit selbstverständlich umgehen. <u>Kinder sollten sich individuell entwickeln und entfalten können, ohne dabei von Geschlechterklischees eingeschränkt zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass Erzieher*innen dahingehend sensibilisiert sind und den Kindern keine vermeintlich genderspezifischen Verhaltensweisen antrainieren. Wenn schon in der Kita die Mädchen zum Basteln und Malen aufgefordert werden, während die Jungs draußen auf dem Spielplatz toben, wird den Kindern so der Eindruck vermittelt, dass ein Unterschied zwischen Geschlechtern ganz normal sei.</u>		erledigt durch L-02-211
L-02-058	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	58	<u>In Zeile 58 einfügen:</u> einen Kitaplatz ohne Bedarfsprüfung auf sieben Stunden ausgeweitet wurde. <u>Die Abschaffung der Kitagebühren sollte für mehr Chancengleichheit sorgen und den kostenfreien Zugang zur frühkindlichen Bildung ermöglichen. Die Realität sieht leider anders aus. Zuzahlungen für Kurse und AG´s werden erhoben, die Bereitschaft diese zu zahlen ist sogar all zu oft Bedingung für einen Kitaplatz. Der Geldbeutel der Eltern entscheidet somit immer noch über den Zugang zur Bildung. Dass neben nachvollziehbaren Zuzahlungen für Frühstück oder Vesper, hohe Summen für Kurse und Arbeitsgemeinschaften eingefordert werden verdeutlicht, den Kitas fehlen die Mittel, um Projekte, AG´s und Kurse eigenständig anzubieten. Die beschlossene Deckelung der Zuzahlungen wird alleine daher das Problem nicht lösen. Wir setzen uns für eine die bessere finanzielle Ausstattung der pädagogischen Einrichtungen, damit kein Kind ausgeschlossen wird und alle Kinder die gleichen Bildungschancen erhalten!</u>	Mündlich	siehe mod Ü L-02-54
L-02-060	Julian Schwarze, Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	60	<u>In Zeile 60 einfügen:</u> Selbstverständlichkeit. <u>Es darf kein Zustand bleiben, dass viele Eltern von Geburt an auf dutzenden Wartelisten für einen Kitaplatz stehen müssen.</u>	Sehr viele Eltern stehen vor dem Problem einen Kitaplatz zu finden, was zu dutzenden Einträgen auf Wartelisten sowie einem oft erheblichen Zeitaufwand führt. Das sollte im Antrag angesprochen werden.	Ü
L-02-064	Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)	64	<u>In Zeile 64 einfügen:</u> Zu wenig Platz und zu wenige Erzieher*innen sind aber keine neue Problemlage, <u>hat aber aufgrund der Versäumnisse der letzten 15 Jahre eine dramatische Entwicklung genommen, in der zunehmend verzweifelte Eltern und Kinder nach langer Suche erfolgreich ihren Betreuungsplatz einklagen müssen und Großdemos für die Durchsetzung ihrer Rechte organisieren</u>	Ein grüner Leitantrag zum Kitabereich muss auf die aktuelle Notlage der Eltern eingehen. <b>Unterstützer*innen des Änderungsantrags:</b> Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Wolfgang Schmidt (LAG Gesundheit und Soziales), Dirk Jordan (LAG Bildung), Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie), Markus Scheppe (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie), Evgeniya Gataulina (AG Kinder, Jugend und Familie), Sandy Nasr (KV Steglitz-Zehlendorf, AG Kinder, Jugend und Familie) Christoph Przeszlakowski (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie), Barbara Schäfer (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<b>mod Ü: In Zeile 64 einfügen: Zu wenig Platz und zu wenige Erzieher*innen sind aber keine neue Problemlage, hat aber aufgrund der Versäumnisse der letzten 15 Jahre eine dramatische Entwicklung genommen, in der zunehmend verzweifelte Eltern und Kinder nach langer Suche erfolgreich ihren Betreuungsplatz einklagen müssen und Großdemos für die Durchsetzung ihrer Rechte organisieren. Es wird Zeit, Platzmangel und Erzieher*innenmangel endlich mit innovativeren ...</b>

L-02-067	Cordula Streich und Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)	67	<p><b>Zeile 67 bis 70 streichen und einfügen:</b>  <u>In zu vielen Gebieten unserer Stadt hat sich ein Maß an Kinderarmut entwickelt, welches die Perspektiven vieler Kinder auf spätere Teilhabe an unserer Gesellschaft gefährdet. Nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ werden wir Kitas in diesen besonders benachteiligten Stadtteilen deutlich stärker als bisher unterstützen, damit der sozial- und bildungspolitische Auftrag der Kindertagesbetreuung auch erfüllt werden kann. Um auch hier für alle Kinder gerechte Bildungschancen von Anfang zu ermöglichen, erhalten diese Pluskita eine zusätzliche Förderung von mindestens 25.000 Euro pro Kalenderjahr, denn wir können es uns nicht leisten Kinder in diesen Regionen weiter abzuhängen. Zentrales Ziel der plusKITAS ist daher die Bildungschancen dieser Kinder von Anfang an zu verbessern, indem sie Bildungsbenachteiligungen gezielt abbauen. Dazu ist es gleichfalls wichtig auch Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben zu unterstützen und in die Verantwortung zu nehmen. Dazu werden wir auch weiterhin Familienhilfe und Kinderbetreuung in Familienzentren vernetzen und die Familienzentren und Familienbildungsstätten ausbauen und stärken: Wir setzen uns dabei insbesondere für einen engen Quartiersbezug und passgenaue Hilfsangebote ein. Familienzentren ebenso wie Stadtteilmütter oder Elternlots*innen sollen die Familien im Bereich Gesundheit und Ernährung beraten und unterstützen.</u></p>		<p>mod Ü zusammen mit 283-2: nach Zeile 323 (nach mod Ü 54) einfügen: Ein besonderes Augenmerk legen wir hierbei auf die Gebiete in unserer Stadt, in denen sich ein Maß an Kinderarmut entwickelt hat, das die Perspektiven vieler Kinder auf spätere Teilhabe an unserer Gesellschaft gefährdet. Hier ist besondere Unterstützung nötig. Damit die Kita einen wirksamen Beitrag dazu leisten kann, den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen, braucht sie nicht nur die schon genannten Verbesserungen im personellen Bereich sondern auch die Begleitung einer an dem Kindeswohl orientierten Sozial- und Familienpolitik wie sie sich in unserer Forderung nach einem Familien-Budget niederschlägt. Vor Ort braucht sie eine enge Einbettung in das Netz der familienbegleitenden Hilfen, da es nicht ausreichend ist, allein den Kindern einen guten Kita-Alltag zu bieten, wenn der Familienalltag nicht die notwendige Sicherheit, Förderungen und Zuwendung bietet. Wir wollen daher, dass sich Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln können, in denen die Familien Unterstützung und Hilfe, aber auch die Aufforderungen für ihre Erziehungsarbeit im Kindeswohl bekommen. Wie und in welchem Umfang dies geschieht, muss in den Bezirken entschieden werden.</p>
L-02-094	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	94	<p><b>In Zeile 94 einfügen:</b> so dass sich die realen Bedingungen in den Kitas besser abbilden lassen.<u>Wir fordern auch, dass die Fachkraft-Kind-Relation, sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Diese bilden die Mindeststandards.</u></p>		Ü
L-02-122	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	122	<p><b>In Zeile 122 löschen:</b> bekommen, wie zum Beispiel betriebliche Altersvorsorge und Vergünstigungen beim ÖPNV.</p>		erledigt durch mod Ü 17

L-02-124	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	124	<b>Von Zeile 124 bis 127 löschen:</b> können. Erzieher*innen brauchen nicht nur eine bessere Bezahlung, sondern auch mehr Zeit. <del>Wir fordern, dass mit der Einführung der Kind-Fachkraft-Relation nicht nur Urlaubs- und Krankheitszeiten Berücksichtigung finden, sondern auch geregelte Pausenzeiten eingeführt werden.</del> Außerdem muss endlich ausreichend Zeit für die mittelbare pädagogische Arbeit, also		<b>mod Ü: ....sondern auch mehr Zeit. Wir fordern, dass mit der Einführung der Kind-Fachkraft-Relation nicht nur Urlaubs- und Krankheitszeiten Berücksichtigung finden, sondern der gesetzliche Anspruch auf Pausen auch durchgesetzt wird. Außerdem ...</b>
L-02-143	André Schulze (Berlin-Neukölln KV)	143	<b>In Zeile 143:</b> Auf einem Arbeitsmarkt, an dem fast <u>Vollbeschäftigung</u> <u>Fachkräftemangel</u>	Für einige Regionen Deutschland mag "fast Vollbeschäftigung" gelten. Berlin ist mit einer Arbeitslosenquote von 8,5 % (und einer Unterbeschäftigungsquote von 11,9 %) im März 2018 aber noch relativ weit davon entfernt. Daher sollte hier eher auf den Fachkräftemangel abgestellt werden.	Ü
L-02-154	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	154	<b>Zeile 154 bis 160 streichen</b>		Ü
L-02-172	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	172	<b>Von Zeile 172 bis 173:</b> Wer Erzieher*in werden will, braucht Abitureder, <u>eine</u> mindestens drei Jahre einschlägige Berufserfahrung, <u>oder eine zweijährige Ausbildung als Sozialassistentin</u> . Diese starren Voraussetzungen sagen jedoch nichts über die tatsächliche		Ü

L-02-181	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	181	<p><b>In Zeile 181 einfügen:</b> Gerade jetzt gilt es, eine langfristige Perspektive mit zu denken. <u>Die öffentlichen Fachschulen werden durch die Schulaufsicht und Schulinspektion kontrolliert, unterstützt und begleitet. So müssen staatliche Schulen z.B. Qualitätsmanagement nachweisen. Obwohl 64% der Studierenden aber an Fachschulen in freier Trägerschaft ausgebildet werden, gelten diese Regelungen für diese Schulen nicht. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass staatliche und freie Schulen gleichbehandelt werden. Dazu gehören gleiche Ausbildungsstandards, vergleichbares Qualitätsmanagement, Schulinspektion auch für Schulen in freier Trägerschaft und vergleichbare Anforderungen an die Studierenden.</u></p>		<p><b>mod Ü:</b> In Zeile 181 einfügen: Gerade jetzt gilt es, eine langfristige Perspektive mit zu denken. Die öffentlichen Fachschulen werden durch die Schulaufsicht und Schulinspektion kontrolliert, unterstützt und begleitet. So müssen staatliche Schulen z.B. Qualitätsmanagement nachweisen. Obwohl 64% der Studierenden aber an Fachschulen in freier Trägerschaft ausgebildet werden, gelten diese Regelungen für diese Schulen nicht. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass staatliche und freie Schulen gleichbehandelt werden. Dazu gehören gleiche Ausbildungsstandards, vergleichbares Qualitätsmanagement, Schulinspektion auch für Schulen in freier Trägerschaft und vergleichbare Anforderungen an die Studierenden. Hierfür müssen den freien Schulen dann auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden.</p>
L-02-191	Marvin Machalet (KV Tempelhof-Schöneberg)	191	<p><b>Von Zeile 191 bis 201 streichen und einfügen:</b> <u>Erzieher*in ist immer noch viel zu häufig ein Frauenberuf. Das wollen wir ändern. Es tut den Kindern gut, vielfältige Vorbilder zu haben. Eine Image-Kampagne der Senatsverwaltung, die die Attraktivität des Berufs und seinen gesellschaftlichen Wert herausstellt, und sich gezielt an alle Menschen wendet, kann hier einiges bewirken und veraltete Rollenbilder aufbrechen.</u></p>	<p>Die bisherige Formulierung reproduziert die Rollenbilder, die sie eigentlich aufbrechen möchte. (Beispiel: Eine bessere Bezahlung wird dazu führen, dass mehr Männer in die Kitas kommen.) Die fehlende Geschlechtergerechtigkeit im Personalbereich ist ein gültiges Argument für sich und benötigt keine weiteren verstärkenden Argumente. Im Gegenteil - es verwässert die Intention. Auf das Problem des Personalmangels wird des Weiteren an anderer Stelle ausgiebig eingegangen.</p>	<p><b>Mod Ü:</b> Zeile 193: Es tut den Kindern gut, vielfältige Vorbilder zu haben. [Zeile 194-197 streichen] Wir brauchen mehr Männer in den Kitas - ...</p>
L-02-202	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	202	<p><b>In Zeile 202:</b> Ebenso gilt es, zugewanderte Menschen zu befähigen <u>ermöglichen</u></p>		<p><b>Mod. Ü:</b> Ebenso gilt es, zugewanderten Menschen zu ermöglichen</p>

L-02-211	Ulli Reichardt (Berlin-Kreisfrei KV)	211	<u>In Zeile 211 einfügen:</u> kann. <u>Kaum ein Ort spiegelt so sehr die Vielfalt und Diversität unserer Berliner Stadtgesellschaft wider wie unsere Kitas. Hier spielen und lernen Kinder zusammen - unabhängig von beispielsweise ihrer Sprache, ihrer Geschlechtsidentität, einer möglichen Behinderung, ihrer familiären oder sozialen Herkunft. Und auch unabhängig davon, ob sie aus einer Ein-, Zwei-Eltern-, Patchwork- oder Regenbogenfamilie kommen. Zugleich hat jedes Kind einen individuellen Anspruch auf Inklusion, Teilhabe, Barrieren- und Diskriminierungsfreiheit. Wir möchten die Erzieher*innen zum Umgang mit Diversität befähigen und schulen. Dafür wollen wir bedarfsgerechte, inklusive pädagogische Maßnahmen zur Sensibilisierung und Schulung in der Aus- und Fortbildung stärken und ausbauen. Wir begrüßen ausdrücklich die Handreichung der Bildungsinitiative QUERFORMAT, mit der pädagogische Fachkräfte im Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt werden und weisen die ideologischen Vorwürfe von CDU und AfD als LSBTIQ-feindliche Stimmungsmache zurück. Darüber hinaus fordern wir eine rasche Einrichtung der Fachstelle "Queere Bildung" durch die Senatsbildungsverwaltung.</u>	Erfolgt mündlich. Witerer Antragssteller*innen/Unterstützer*innen: Maria Meisterernst, Sebastian Walter, Claus Enbergs (KV Kreisfrei), Santina Wey (KV Tempelhof-Schöneberg), Pascal Striebel (KV Xhain).	<b>mod Ü: Text wird übernommen, Absatztitel Zeile 190 wird entsprechend ersetzt: Gesellschaftliche Vielfalt in der Kita widerspiegeln</b>  queerformat; mit doppelt e  Vor "dafür wollen wir...": Es ist uns wichtig, dass Kindern keine vermeintlich genderspezifischen Verhaltensweisen vorgelebt werden.
L-02-211-2	Corinna Balkow (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	211	<u>In Zeile 211 einfügen:</u> kann. <u>Zur Anerkennung ausländischer pädagogischer Fachabschlüsse sollte Deutsch auf B1 Niveau nachgewiesen werden. Das dem muttersprachlichen gleichwertige C1 Niveau muss dann innerhalb der nächsten 3 Jahre erlangt werden.</u>	Das bisher geforderte Sprachniveau C1 wird zum Teil in Tests nicht einmal von Muttersprachlich Deutschen Menschen erlangt und stellt so eine große Hürde dar. Einbürgerungsbewerber*innen müssen mindestens das „Zertifikat Deutsch“ (Europäische Sprachkompetenzstufe B1) erworben haben.	<b>mod Ü: Außerdem unterstützen wir Maßnahmen, die die Anerkennung ausländischer, pädagogischer Abschlüsse erleichtern.</b>
L-02-211-3	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	211	<u>In Zeile 211 einfügen:</u> kann. <u>Ebenso relevant ist auch die Förderung der Kinder in ihrer Erstsprache. Wir sehen die sprachliche Vielfalt als Bereicherung! Daher müssen an Berufsoberschulen und Fachschulen für Sozialpädagogik, Arabisch, Türkisch und Russisch als Wahlpflichtfach angeboten werden</u>		<b>mod Ü: Ebenso relevant ist auch die Förderung der Kinder in ihrer Erstsprache. Wir sehen die sprachliche Vielfalt als Bereicherung! Daher wollen wir Menschen, deren Muttersprache beispielsweise Türkisch, Arabisch, Russisch, Kurdisch oder Polnisch ist, gezielt für den Erzieher*innenberuf begeistern und ihnen die Möglichkeit geben, sich auch in ihrer Muttersprache für den Kitaalltag zu qualifizieren. Zusätzlich sollen an den Berufsoberschulen und Fachschulen für Sozialpädagogik diese und ggf. weitere Sprachen als Wahlpflichtfach angeboten werden.</b>
L-02-226	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	226	<u>In Zeile 226 einfügen:</u> ausgebaut und entsprechend qualifiziert werden. <u>Nichtsdestotrotz müssen Fachkräfte über pädagogische Qualifikationen verfügen. Wir werden uns daher für die berufsbegleitende Nachqualifizierung dieser Professionen einsetzen.</u>		Ü

L-02-260	Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	260	<u>In Zeile 260 einfügen:</u> (Kein) Platz für neue Kitas?! <u>(Kein) Bestandsschutz für Kitas?!</u>	Konkrete Ergänzungen zum Schutz von Kitas und zur Schaffung neuer Räumlichkeiten durch das Land Berlin. Mit-Antragsteller*innen: Marianne Burkert-Eulitz, Lisa Paus, Canan Bayram, Christoph Wapler, Julian Schwarze, Andreas Weeger	Ü
L-02-267	Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)	267	<u>Von Zeile 267 bis 268:</u> auf einen Kitaplatz zu gewährleisten, ist <u>Aufgabe Pflichtaufgabe</u> des Landes. <u>Die Trotz der großen Flächenkonkurrenz können die Bezirke</u> sind im Bereich <u>Kitaselbstkaum Bildungseinrichtungen und integrierten Bildungsstandorten Vorrang einräumen und bei Neubauvorhaben noch handlungsfähig stärker auf städtebauliche Verträge für die Einbeziehung von Kitas setzen. Die Vielfalt der Instrumente muss angesichts der dramatischen Lage in Berlin über alle Ebenen hinweg ausgeschöpft werden.</u>	Bezirke sind nicht per se handlungsunfähig. Berlin hat als Einheitskommune den Rechtsanspruch umzusetzen. Wir Grüne beteiligen uns nicht am Verantwortungspingpong, sondern sehen die Herausforderung ganzheitlich.  Unterstützer*innen des Änderungsantrags: siehe L-02-064	<b>mod Ü: ÄA wird übernommen + Wo Bezirke jedoch bereits all diese Instrumente nutzen, erwarten wir vom Senat mehr Unterstützung und nicht, dass die Bezirke mit der Situation allein gelassen werden.</b>
L-02-267-2	Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)	267	<u>In Zeile 267 einfügen:</u> auf einen Kitaplatz zu gewährleisten, ist Aufgabe des Landes. <u>Hierzu gehört in Zusammenarbeit mit IHK und HWK auch die Förderung von Betriebskitas, die Sensibilisierung insbesondere der landeseigenen Betriebe sowie die Unterstützung aller Träger bei der Suche nach und dem Erwerb von Flächen u. a. durch die Ausweitung von Erbbaupachtverträgen und ein ausfinanziertes Neubauinvestitionsprogramm.</u>	Die Aufgabe des Landes sollte nicht nur genannt, sondern auch beschrieben werden.  Unterstützer*innen des Änderungsantrags: siehe L-02-064	Ü
L-02-275	Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	275	<u>In Zeile 275 einfügen:</u> Akquise von Grundstücken stärker unterstützt werden. <u>Zu diesem Zweck ist es notwendig, dass das Land Berlin auch dafür wieder Flächen zurück bzw. ankauft. Die Senatsverwaltungen für Integration, Arbeit und Soziales sowie Stadtentwicklung und Wohnen stehen außerdem in der Pflicht, ein sogenanntes Generalmietermodell für soziale Träger und Kitas zu entwickeln wie es der Koalitionsvertrag bereits vorsieht. Das Land Berlin soll gezielt geeignete Räumlichkeiten anmieten und vergünstigt und mit möglichst langfristigen Verträgen an Träger weiter geben. Die Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen außerdem mehr unterstützt werden bei der Bereitstellung von günstigen Gewerberäumen. Dazu soll die gezielte Gewerbevermietung z.B. für soziale Infrastruktur als Aufgabe in die Kooperationsvereinbarung zwischen Senat und den Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften aufgenommen werden. Räumlichkeiten für Kitas, die aufgrund städtebaulicher Verträge von Investor*innen geschaffen werden, sollen möglichst durch das Land Berlin erworben werden, um diese langfristig zu schützen. Außerdem fordern wir schon lange ein soziales Gewerbemietrecht auf Bundesebene, das auch Kitas vor Kündigungen und überhöhten Mieten schützen soll. Eine entsprechende Bundesrats-Initiative wird dazu gerade vorbereitet.</u>	Konkrete Ergänzungen zum Schutz von Kitas und zur Schaffung neuer Räumlichkeiten durch das Land Berlin. Mit-Antragsteller*innen: Marianne Burkert-Eulitz, Lisa Paus, Canan Bayram, Christoph Wapler, Julian Schwarze, Andreas Weeger	<b>mod Ü: SÄA im Original, nur Umformulierung letzter Satz: "Wir begrüßen, dass der Senat hierzu eine Bundesratsinitiative vorbereitet."</b>

L-02-279	Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)	279	<p><b>In Zeile 279 einfügen:</b>gezielt durch Beratungsangeboteund <u>ausreichende finanzielle Gründungsförderung</u> weiterunterstützen. Die Verdrängung von Kinderläden <u>aufgrund massiv steigender Gewerbemieten wollen wir verhindern</u>. Denn in der Vielfalt der Berliner Kitas</p>	<p>Beratung allein reicht nicht immer aus. Es braucht weiterhin finanzielle Förderung. Die Förderung nach einem Gewerbemietenspiegel und einer Gewerbemietpreisbremse sollten wir weiterhin vertreten, um die Berliner Mischung in den Kiezen zu erhalten.</p> <p>Unterstützer*innen des Änderungsantrags: siehe L-02-064</p>	Ü
L-02-283	Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)	283	<p><b>In Zeile 283 einfügen:</b>Wahlrecht der Eltern bei der Kitaauswahl auch wirklich gewährleisten.<u>Einige Eltern brauchen flexible Kinderbetreuung nicht nur in den Bildungseinrichtungen, sondern auch über deren Öffnungszeiten hinaus. Wir werden MoKiS, den Berliner mobilen Kinderbetreuungs-service für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten, bei eben diesen Eltern bekannter machen und die ergänzende Kindertagespflege weiter ausbauen. Die Möglichkeiten einer Kinderbetreuung zuhause in den Randarbeitszeiten inklusive eines Bring- und Abhol-services ist kindgerecht und erleichtert vielen Alleinerziehenden und Eltern im Schichtdienst die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.</u></p>	<p>Die Ermöglichung flexibler Kinderbetreuung (auch durch Angehörige) innerhalb des Gutscheinsystems ist ein grüner Erfolg, dessen Durchschlagskraft vor allem davon abhängt, dass die Familien ihn kennen und nutzen.</p> <p>Unterstützer*innen des Änderungsantrags: siehe L-02-064</p>	Ü
L-02-283-2	Dirk Jordan, LAG Bildung	283	<p><b>In Zeile 283 einfügen:</b>Wahlrecht der Eltern bei der Kitaauswahl auch wirklich gewährleisten. <b><u>II. Stärkung der gesellschaftlichen Funktion der Kita</u></b> <b><u>Kitas sind ein Tor zum Leben</u></b>  [...] GESAMTER TEXT SIEHE ANTRAGSTOOL</p>		<p><b>Mod. Ü.</b> <b>Absatz: Kitas sind ein Tor zum Leben: Übernahme mit einer Änderung:</b> Z4: .... "bei älteren Kindern" ["Schul-" streichen]</p> <p><b>Absatz: Kitas zu Familienzentren entwickeln: Gestrichen</b></p> <p><b>Absatz: Zusammenarbeit Kita-Grundschule: Übernahme im Anschluss an "Tor zum Leben".</b></p> <p><b>Löschen: "Ein Bindeglied ... Ressourcen braucht."</b></p> <p><b>Sprachstandsfeststellung, nicht Sprachstandsmessung</b></p>

L-02-284	Dirk Jordan, LAG Bildung	284	<p><b>Von Zeile 284 bis 289 streichen und einfügen:</b>  <b>Qualität der Kitas weiter verbessern</b>  <u>Mit dem Berliner Bildungsprogramm ist ein erster guter Schritt getan worden, um verlässliche Standards für die Arbeit in den Kitas zu setzen. Darauf kann gut für die Weiterentwicklung aufgebaut werden und für die Kitaufsicht und –qualitätssicherung die personellen Ressourcen auf Landes- noch Bezirksebene verbessert werden, so dass Berlin Vorreiter bei der externen und internen Evaluation bleibt. Das dafür bisher allein zuständige Berliner Kita-Institut (BeKi) macht gute Arbeit. Es muss in diesen Prozess miteinbezogen und weiter unterstützt sowie dauerhaft ausreichend finanziert werden.</u>  <b>Nach Zeile 294 einfügen:</b>  <u>und eine Ombudsstelle Kita für die Eltern. Darüber hinaus halten wir einen Fachkongress Kita auf Landesebene für dringend notwendig, zu dem die Senatsverwaltung Vertreter*innen aus Kitaträgern, Kitaleitungen, Erzieher*innen und andere Fachkräfte, Fachberatungen, Eltern und Expert*innen aus der Wissenschaft einlädt. Wir wollen damit die Berliner Kita auf ihrem Weg weiter begleiten und unterstützen.</u>   <b>Zeile 295 bis 300 streichen</b></p>		<p><b>Mod Ü:</b></p> <p><b>Qualität der Kitas weiter verbessern</b></p> <p><b>Das Berliner Bildungsprogramm setzt verlässliche Standards für die Arbeit in Kitas und Kindertagespflege. Diese stetig zu evaluieren, ist unerlässlich. Wir wollen, dass Berlin Vorreiter bei der externen und internen Evaluation bleibt. Das dafür zuständige Berliner Kita-Institut (BeKi) macht gute Arbeit. Es muss dabei weiter unterstützt sowie dauerhaft ausreichend finanziert werden. Für die Qualitätsentscklung ...</b></p> <p><b>Nach Zeile 294 einfügen nach "und eine Ombudsstelle Kita für die Eltern.": Darüber hinaus halten wir einen Fachkongress Kita auf Landesebene für dringend notwendig, zu dem die Senatsverwaltung Vertreter*innen aus Kitaträgern, Kitaleitungen, Erzieher*innen und andere Fachkräfte, Fachberatungen, Eltern und Expert*innen aus der Wissenschaft einlädt. Wir wollen damit die Berliner Kita und Kindertagespflege auf ihrem Weg weiter begleiten und unterstützen. Dafür wäre ein solcher Fachkongress ein wichtiger Schritt. Weiter mit "Das Kind im Mittelpunkt"</b></p>
L-02-289	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	289	<p><b>In Zeile 289 einfügen:</b>sowie dauerhaft ausreichend ausfinanziert werden.<u>Doch ebenso muss sich Berlin an wissenschaftlich begründeten Mindeststandards orientieren.t</u></p>		<p><b>mod Ü: Ebenso muss sich Berlin...</b></p>

L-02-291	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	291	<b>In Zeile 291 einfügen:</b> Deshalb wollen wir echte Mitspracherechte für für alle Eltern. <u>Zudem wir bunte Elternvereine mit unterschiedlichen sprachlichen, sexuellen und kulturellen Hintergründen dazu zählen.</u> Bezirkselternausschüsse sind	mod Ü: Deshalb wollen wir echte Mitbestimmungsrechte für alle Eltern; dafür müssen die Gremien entsprechend vielfältig besetzt sein. Bezirkselternausschüsse ...
L-02-294	Silke Gebel (KV Mitte)	294	<b>Nach Zeile 294 einfügen:</b> Darüber hinaus soll auch die Perspektive der Kinder bei der Qualitätssicherung in Kitas eine Rolle spielen. Sie ist als verbindlicher Faktor in die Eckpunkte zur Externen Evaluation aufzunehmen.	Ü
L-02-313	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	313	<b>n Zeile 313 einfügen:</b> Begeisterung für Demokratie. <u>Auch deshalb werden wir uns mit dem Thema "Qualität aus Kindersicht" auseinandersetzen.</u>	erledigt durch Ü 294
L-02-326	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	326	<b>In Zeile 326:</b> Kinderläden-und-Kindertagespflege und Ganztagschulen	mod Ü: ... Fachkräften, die in frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung in Berlin so wertvolle ...
L-02-331	Gökhan Akgün (KV Steglitz-Zehlendorf)	331	<b>In Zeile 331:</b> den Erzieher*innennachwuchs vor allem bei Männern und,zugewanderten Menschen und PoC's aktivieren.	mod Ü: und People of Colour

**S-00: Komplette Satzung geschlechtergerecht formulieren(von: Landesvorstand)**

**S-01: §9 Die Bezirksgruppen, Absatz 7(von: Landesvorstand)**

**S-02: § 10 Abteilungen und Landesarbeitsgemeinschaften, Absatz 5(von: Landesvorstand)**

**S-03: § 12 Organe(von: Landesvorstand)**

**S-04: § 17 Der Landesausschuss, Absatz 1(von: Landesvorstand)**

**S-05: § 18 Der Landesvorstand, Absatz 3(von: Landesvorstand)**

**ZURÜCKGEZOGEN**

**S-06: § 18 Der Landesvorstand, Absatz 6(von: Landesvorstand)**

**ZURÜCKGEZOGEN**

**S-07: § 24 Versammlungen, Absatz 1(von: Landesvorstand)**

**S-08: § 26 Urabstimmung, Absatz 1(von: Landesvorstand)**

**ZURÜCKGEZOGEN**

**S-09: §22 Quotierung, Absatz 2(von: LAG Queer)**

**S-10: § 24 Versammlungen, Absatz 6(von: LAG Queer)**

**V-01: Sicher und entspannt den Jahreswechsel genießen(von: KV Steglitz-Zehlendorf)**

V-01-026	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 14.04.2018)	26	<b>In Zeile 26 einfügen:</b> privates Feuerwerk im öffentlichen Raum gehören. <u>Langfristig setzen wir uns aber dafür ein, dass Feuerwerk nicht mehr an Privatpersonen verkauft wird.</u>	Die GRÜNE JUGEND Berlin will eine Stadt, in der Verletzungen, hohe Feinstaubbelastung und unengen an Müll keine Normalitäten sind. Das gilt auch an Silvester. Hohe Kosten für die Reinigung der Stadt, Rettungseinsätze und ärztliche Behandlungen werden bisher in Kauf genommen, damit Menschen ihr "Recht" auf Zündelei und Geböller ausleben können. Wir finden, damit soll Schluss sein. Daher fordern wir, dass der Verkauf von Feuerwerkskörpern am 31.12 genauso wie an allen anderen Tagen verboten wird. Wir können nachvollziehen, dass Menschen das neue Jahr begrüßen wollen und sich gerne ein Feuerwerk anschauen wollen. Das geht aber auch, wenn es mehrere dezentrale öffentliche Feuerwerk-Shows gibt, wo Menschen friedlich miteinander feiern können.	<b>Abstimmung</b>
----------	--	----	--	---	-------------------

**V-02: Multiresistente Keime in Oberflächengewässern(von: KV Reinickendorf)**

**V-03: Coparenting stärken, Beratung für Eltern in Trennungskonflikten ausbauen!(von: Petra Vandrey (KV Charlottenburg Wilmersdorf) u.a.)**

V-03-024	Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)	24	<b>In Zeile 24:</b> individuell betroffenen Kindes <u>mussalleinigervorrangiger</u>	erfolg mündlich  Unterstützer*innen des Änderungsantrags: Petra Vandrey (KV Charlottenburg-Wilmersdorf, AG Kinder, Jugend und Familie)	<b>Übernahme</b>
----------	--	----	---	---	------------------

**V-04: Gerechter Welthandel beginnt in Berlin(von: Georg P. Kössler (KV Neukölln), Anna Cavazzini (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Ramona Pop (KV Mitte), Ronald Wenke (KV Steglitz-Zehlendorf))**

V-04-050	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	50	<b>Von Zeile 50 bis 55:</b> <u>Bereits im 1. Halbjahr 2017 haben wir das Berliner Mindestentgelt auf 9€/Stunde erhöht. Wir handeln nach dem Grundsatz: „Gutes Geld für gute Arbeit.“ Wer staatliche Aufträge erhalten will, muss einen Lohn zahlen, von dem man leben kann. Deswegen muss das Mindestentgelt weiter steigen. Wir wollen auch, dass keine Produkte angeschafft werden, die mit Kinder- oder Sklavenarbeit erstellt wurden.</u> <u>Bereits im 1. Halbjahr 2017 haben wir das Berliner Mindestentgelt auf 9€/Stunde erhöht. Wir handeln nach dem Grundsatz: „Gutes Geld für gute Arbeit.“ Wer staatliche Aufträge erhalten will, muss einen Lohn zahlen, von dem man leben kann. Deswegen muss das Mindestentgelt weiter steigen. Wir wollen auch, dass keine Produkte angeschafft werden, die mit Kinder- oder Sklavenarbeit erstellt wurden.</u> <u>Auch werden wir keine Produkte oder Technologien finanziell, materiell oder politisch fördern, die derzeit nur durch Sklaven- oder Kinderarbeit auf den Markt gebracht werden können.</u>	Erfolgt mündlich.	<b>Abstimmung (zusammen mit V-04-60)</b>
----------	--	----	--	-------------------	--

<p>V-04-060</p>	<p>Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)</p>	<p>60 <u>Von Zeile 60 bis 64: Auch in ökologischer Hinsicht muss Berlin vorbildlich beschaffen. So müssen beispielsweise alle Elektrogeräte jeweils mit der höchsten Energieklasse angeschafft werden. Auch Fahrzeuge müssen möglichst umweltverträglich unterwegs sein und dürfen Sklaven- und Kinderarbeit nicht fördern. Gerade in einer Hightech-Branche wie dem Fahrzeugbau ist Sklaven- und Kinderarbeit inakzeptabel. Dies gilt auch für Elektroautos. Mit großer Sorge sehen wir es, wie durch das Elektroauto sensible Schwermetalle (wie etwa Cobalt), seltenen Erden oder Lithium zunehmend unverzichtbar für den Autobau werden. Denn in den Minen, in denen diese Rohstoffe gefördert oder gewaschen werden, ist Sklaven- und Kinderarbeit derzeit nicht die Ausnahme, sondern in vielen Ländern und an fast allen wichtigen Förderstellen eine traurige Regel. Wir sehen über diese Situation nicht hinweg, nur weil das Elektroauto an anderen Stellen für manche von uns mit ein Hoffnungsträger in Sachen Verkehrswende ist. Der Zweck heiligt nicht die Mittel, Sklaven- und Kinderarbeit erster und zweiter Güte gibt es für uns nicht. Wir Grüne bleiben uns hier treu. Deshalb dürfen Berlin, seine Eigenbetriebe und die Bezirke das Elektroauto zukünftig finanziell, materiell und politisch nur noch dann bevorzugen, fördern und unterstützen, wenn die Autohersteller und ihre Zulieferer zukünftig einen sklaven- und kinderarbeitsfreien Herkunftsnachweis für ihre Rohstoffe eindeutig erbringen können. Wir erhöhen damit den Druck auf diese wichtige Branche, in Zukunft endlich auf Sklaven- und Kinderarbeit zu verzichten und Vorbild für andere Schlüsselindustrien zu sein. Auch in ökologischer Hinsicht muss Berlin vorbildlich beschaffen. So müssen beispielsweise alle Elektrogeräte jeweils mit hinsichtlich der höchsten Energieklasse angeschafft werden. Fahrzeuge müssen möglichst umweltverträglich unterwegs sein. Eine gesonderte gesonderten Wertgrenze von 10.000€ zur ökologischen Beschaffung halten werden heutigen Status Quo für kontraproduktiv, z. Zumal bereits jetzt nach einer</u></p>	<p>Erfolgt mündlich.</p>	<p><b>Abstimmung (zusammen mit V-04-050)</b></p>
-----------------	---	---	--------------------------	--

**V-05: Sauber mobil (von: Antje Kapek (Friedrichshain-Kreuzberg), Stefan Gelbhaar (Pankow), Harald Moritz (Treptow-Köpenik), Henning Bublitz (Mitte))**

V-05-032	LAG Mobilität	32	<p><b>Von Zeile 32 bis 38 streichen und einfügen:</b><u>Die Busse der BVG hingegen sind nach wie vor fast ausschließlich mit Dieselmotoren unterwegs. Alle Busse sollen kurzfristig mit SCRT-Katalysatoren nachgerüstet werden, damit die NO2 Emissionen auf eine nicht gesundheitsgefährdende Menge und deutlich unter die bestehenden Grenzwerte reduziert werden. In der Frage der Erneuerung des Bestandes der Busflotte wird auf Technologieoffenheit gesetzt. Für die Beschleunigung der technologischen Entwicklung sind den Herstellern von modernen Fahrzeugen Möglichkeiten zur Erprobung ihrer Prototypen anzubieten. Sobald das Rennen der Entwicklung entschieden ist und sich ein Antrieb auch in der Praxis als tauglich erwiesen hat, sollen die neuen Busse den Bestand der Busflotte der BVG schnellstmöglich erneuern und schließlich ersetzen. Auf dem Weg dahin, sind notwendige und nicht aufschiebbare Erneuerungen des Bestandes der Busflotte mit gasgetriebenen Omnibussen durchzuführen, die durch Biomethan aus Reststoffen angetrieben werden. Somit wird gewährleistet, dass die Busflotte das Maximum eines ökologischen und klimafreundlichen Standards einhält und auf dem besten Weg ist, klimaneutral zu werden.</u></p>	<p>Die Entwicklung der Antriebe ist noch nicht soweit, dass die Frage, welches der Antrieb der Zukunft sein wird, zuverlässig beantwortet werden könnte. Ein frühzeitige Festlegung, könnte, wenn sie sich als Fehlinvestition in zwei bis dreistelliger Millionenhöhe herausstellt, verhängnisvolle Auswirkungen auf den Erfolg und die Durchsetzbarkeit einer Verkehrswende in Berlin bedeuten. Technologieoffenheit heißt, dass wir alle für die Zukunft in Frage kommenden Antriebe im Fahrbetrieb testen werden. Dazu gehören Stand heute der mit Wasserstoff chemisch angetriebene Elektrobuss, der als Brennstoffzellenbus bekannt ist, der mit Batterie angetriebene Elektrobuss, der schon heute zwischen Zoo und Südkreuz unterwegs ist, und auch der Hybrid-Oberleitungsbus, der sinnvoll in Spandau erprobt werden könnte.</p>	<p><b>Abstimmung</b></p>
V-05-034	Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	34	<p><b>Von Zeile 34 bis 37:</b>Emissionen nachgerüstet werden. <u>Zugleich sind die Ersetzungs Schritte zur Umstellung der BVG-Busse durch Elektrofahrzeuge Busflotte auf emissionsfreie Antriebstechnik - bei Schaffung bedarfsgerechter erhöhter Beförderungskapazität und Angebotsqualität einzuleiten. Mit Beispielsweise mit Ökostrom aus einem zusätzlich gestärktem grünen Stadtwerk können diese Busse dann 100% emissionsfrei fahren. Ziel muss eine BVG sein, die bis 2030 vollkommen emissionsfrei klimaneutral und ohne schädliche Auspuffgase unterwegs ist. Damit würden in Berlin mehr als 70% des</u></p>	<p>Durch die Umformulierung soll der Eindruck vermieden werden, dass wir bezüglich des BVG-Angebots im Bereich Bus vorrangig oder gar ausschließlich Handlungsbedarf (und Abwägungsbedarf) hinsichtlich einer neuen Antriebsart sehen, um die Ziele der Emissionsreduktion bzw. Klimaneutralität im Stadtverkehr zu erreichen. Eine "vollkommene Emissionsfreiheit" beim Unterwegssein der BVG sollten wir andererseits auch für später nicht versprechen, da es z.B. auch beim Elektrobuss natürlich Reifenabrieb, Staubaufwirbelung usw. beim Fahren geben wird.</p>	<p><b>Modifizierte Übernahme:</b> In Zeile 39 hinter "attraktiven": "und bedarfsgerechten"  In Zeile 35 hinter "einzuleiten.": "Beispielsweise mit Ökostrom aus einem zusätzlich gestärktem grünen Stadtwerk können diese Busse dann 100% emissionsfrei fahren. Ziel muss eine BVG sein, die bis 2030 klimaneutral und ohne schädliche Auspuffgase unterwegs ist. Damit würden in Berlin mehr als 70% des"</p>
V-05-041	Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	41	<p><b>In Zeile 41:</b> <u>bedeutet auf lange Sicht erfordert dichteren Takt auch bis in den Außenbezirk und die Außenbezirke und das Umland sowie sinnvolle</u> <b>In Zeile 45 einfügen:</b> <u>Berlin und Brandenburg i2030. In Berlin treiben wir den Netzausbau der Straßenbahn konsequent voran</u></p>	<p>In der Formulierung sollte deutlich werden, dass ÖPNV-Angebot und -Netz immer (Bezirks-, Stadt-,...) grenzüberschreitend gedacht werden muss. Taktverdichtung in den Außenbezirken darf zudem schon angesichts vieler aktueller und weiter geplanter Wohnungsbau- und Quartiersentwicklungsprojekte und laufendem Bevölkerungszuwachs sicher nicht erst "auf lange Sicht" ein Thema sein. Außerdem sollte der Hinweis auf das für die Gewinnung von Umsteiger*innen vom Auto wichtige Handlungsfeld Tram-Netzerweiterung nicht fehlen.</p>	<p><b>Modifizierte Übernahme:</b> In Zeile 40 hinter "bewegen.": "Das erfordert dichteren Takt bis in die Außenbezirke und das Umland sowie sinnvolle..."  In Zeile 9 hinter "Umweltverbund" einfügen: "aus Fuß- und Radverkehr, Bussen, S-, U- und Straßenbahnen"</p>

**V-06: Berlin in kinderfreundlicher Atmosphäre: Wickeltische in öffentlichen Gebäuden und in der Gastronomie gesetzlich garantieren(von: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf))**

**V-07: Die Hälfte der Macht den Frauen!(von: Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf) u.a.)**

**V-08: Faire Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal – wir sorgen für gute Arbeit im öffentlichen Auftrag(von: Andreas Audretsch (KV Neukölln))**

V-08-219	Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)	219	<p><u>In Zeile 219 einfügen:</u>Grünen haben die Berliner*innen im Kampf dafür einen starken Partner.</p> <p><b><u>Gute Arbeit auch bei Vergaben der öffentlichen Hand</u></b></p> <p><u>Auch bei der Vergabe von Aufträge vom Land Berlin hat sich die Rot-Rot-Grüne Koalition das Ziel gesetzt, das Thema "Gute Arbeit" auf die Agenda zu setzen. Bei der anstehenden Novellierung des Berliner Vergabegesetzes handeln wir nach dem Grundsatz „öffentliches Geld nur für gute Arbeit“ und werden vorhandene Spielräume nutzen. Darüber hinaus werden wir die Vergabestellen des Landes stärken, damit diese ihre Vergaben auch rechtssicher gestalten können.Für den Bereich der Gebäudereinigung in öffentlichem Auftrag können wir auch ohne Gesetzesänderungen Verbesserungen erreichen. Seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts werden Gebäudereinigungsdienstleistungen ausgelagert, d. h. nicht mehr von Beschäftigten des eigenen Hauses, der eigenen Einrichtung durchgeführt, sondern von beauftragten Dienstleistungsunternehmen. Der Markt ist heute durch einen sehr hohen Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Niedriglöhnen geprägt. Mit dem starken Wachstum der Branche und dem zunehmenden Outsourcing ging die Verlagerung der Arbeitszeiten in die Randzeiten des Tages einher: frühmorgens und spätabends oder auch nachts. Wo möglich setzen wir uns für eine Rück-Verlagerung der Arbeitszeit in den Tag ein, um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse direkt zu fördern.</u></p>		<p><b>Modifizierte Übernahme:</b></p> <p>Nach Zeile 219 einfügen</p> <p><b>Gute Arbeit auch bei Vergaben der öffentlichen Hand</b></p> <p>Auch bei der Vergabe von Aufträge vom Land Berlin hat sich ... vorhandene Spielräume nutzen. Wir begrüßen den Kompromiss der EU-Mitgliedstaaten zur Verabschiedung einer neuen Entsende-Richtlinie. Dies bedeutet einen europarechtlichen Kurswechsel mit Blick auf die Zulässigkeit von umfassenden Tariftreueklauseln in der öffentlichen Auftragsvergabe. Wir werden diese neue Möglichkeit der umfassenden Tariftreue bei der Novellierung des Berliner Vergabegesetzes nutzen. Darüber hinaus werden wir die Vergabestellen ... in den Tag ein, um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse direkt zu fördern."</p>
----------	--	-----	--	--	--

**V-09: Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung für Berlins Beamt\*innen einführen(von: Annika Gerold (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Anja Schillhaneck (Abt. Wissenschaft), André Schulze (KV Neukölln), Andreas Audretsch (KV Neukölln), Daniel Wesener (KV Friedrichshain-Kreuzberg))**

**V-10: Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!(von: Leonie Köhler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf))**

V-10-001	Tobias Balke, KV Charlottenburg- Wilmersdorf	1	<p><b>Von Zeile 1 bis 27 streichen und einfügen:</b></p> <p><b><u>Für eine Zwei-Staaten-Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und argumentativ gegen die BDS-Bewegung</u></b></p> <p><u>Jede Form von Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden. Dies gilt auch und grade für die Debatte zum israelisch-palästinensischen Konflikt.</u> <u>Eine Friedenslösung zwischen Israel und Palästina ist und bleibt von zentraler Bedeutung...</u></p> <p><b>GESAMTER TEXT SIEHE ANTRAGSTOOL</b></p>	Unterstützer*innen und Begründung siehe Antragstool	erledigt durch V-10 NEU
V-10-001-2	Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	1	<p><b>Neuer Titel:</b> <u>Nein zu jedem Antisemitismus - Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!</u></p>		erledigt durch V-10 NEU
V-10-002	Landesvorstand	2	<p><b>Von Zeile 2 bis 27 streichen und einfügen:</b></p> <p><u>Jede Form von Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden. Die Kampagne „Boycott, Divestments, Sanctions“ (BDS) zielt auf einen Boykott des jüdischen und demokratischen Staates Israel, seiner Unternehmer*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen ab. Aus ihr heraus kam es immer wieder zu eindeutig antisemitischen Vorfällen und antisemitischen Angriffen gegen den Staat Israel als Ganzes. Dies verurteilen wir aufs schärfste. Auch in Berlin gab es Veranstaltungen...</u></p> <p><b>GESAMTER TEXT SIEHE ANTRAGSTOOL</b></p>		erledigt durch V-10 NEU
V-10-002-2	Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	2	<p><b>Nach Zeile 2 einfügen:</b><u>Angriffe auf offener Straße, Hate Speech im Netz, Bedrohungen und Hetze überall – Jüdinnen*Juden in Deutschland wägen jeden Tag ab, ob sie offen als Jüdin*Jude auftreten, mit Kippot das Haus verlassen oder unbesorgt eine Synagoge besuchen können. Antisemitismus ist dabei kein Vorurteil, sondern eine welterklärende Verschwörungsideologie, die alles Übel in Juden*Jüdinnen und in ihrer Vernichtung die Befreiung vom Bösen sieht. Antisemitische Einstellungen sind quer durch alle Teile der Gesellschaft zu finden und prägen den Alltag der Betroffenen – aber Antisemitismus ist nicht das Problem der Jüdinnen*Juden, sondern geht uns alle an. Eine konsequente Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten abseits der ohnehin problematischen polizeilichen „Politisch motivierten Kriminalitätsstatistiken“ ist längst überfällig. Auch muss die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur Antisemitismusprävention sowie zur Unterstützung Betroffener verbessert werden.</u></p>		Übernahme in V-10 NEU

V-10-008	Paul Meyer-Dunker	8	<p><b>Von Zeile 8 bis 13 streichen und einfügen: Mit dem Aufruf <u>keine Produkte aus Israel zu kaufen reproduzieren sie die Nationalsozialistische Parole „Kauft nicht bei Juden!“ Dass die BDS-Kampagne eine Einstaatenlösung propagiert in dem die Schutzfunktion Israels als jüdischer Staat nicht mehr existiert halten wir für grundfalsch.</u></b></p>	<p>Die Formulierung im Antrag ist mehr als unpräzise. Alle 33 deutschen BDS Gruppen unterstützen den Original BDS Aufruf aus dem klar hervorgeht, dass eine Einstaatenlösung und die nichtexistenz eines jüdischen Staates das Ziel sind. Im Gegenzug dazu wird von nur 24 der 33 Gruppierungen auch die entschärfte Version unterstützt, die einen palästinensischen Staat nach 1967 fordert aber auch hier weiterhin die Auflösung Israels als jüdischen Staat fordert. Insofern ist es eine verharmlosung von BDS, zu sagen dass sie ihre Haltung im unklaren lassen. BDS macht sehr deutlich, dass Israel so wie es existiert für sie keinen Platz und kein Existenzrecht hat.</p>	<p><b>erledigt durch V-10 NEU</b></p>
<p><b>V-10 NEU: Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung (von: Landesvorstand, Leonie Köhler (Charlottenburg-Wilmersdorf), Annkatrin Esser (Tempelhof-Schöneberg), Paul Meyer-Dunker (Lichtenberg), Christoph Wapler (Charlottenburg-Wilmersdorf))</b></p>					
V-10 NEU-001	Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf	1	<p><b>Von Zeile 1 bis 47 streichen und einfügen:</b></p> <p><b>Für eine Zwei-Staaten-Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und argumentativ gegen die BDS-Bewegung</b></p> <p>Jede Form von Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden. Dies gilt auch und grade für die Debatte zum israelisch-palästinensischen Konflikt.</p> <p>Eine Friedenslösung zwischen Israel und Palästina ist und bleibt von zentraler Bedeutung für den Frieden im gesamten Nahen Osten. Glaubwürdiger, konsequenter und ausdauernder Einsatz dafür ist auch von wesentlicher Bedeutung für das Verhältnis von Muslim*innen, besonders arabischer Herkunft, zur Mehrheitsgesellschaft in Deutschland. [...]</p> <p><b>GESAMTER TEXT SIEHE ANTRAGSTOOL BZW. TISCHVORLAGE 3</b></p>	<p><b>Unterstützer*innen:</b> LAG Frieden/Internationales, Delphine Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Ursula Hertel-Lenz, KV Steglitz-Zehlendorf, David Baltzer, KV Kreisfrei, Heiner v. Marschall, KV Reinickendorf, Kristian Brakel, KV Kreisfrei, Patrick Mesenbrock, KV Mitte, u.a.</p>	<p><b>Abstimmung</b></p>
V-10 NEU-005	Svenja Künstler, Arndt Adler, Daniel Gollasch, Martin Johnki, Tilo Fuchs, Heinz Rudolf Umlauf, Heike Kähler (alle KV Mitte)	5	<p><b>In Zeile 5 einfügen:</b></p> <p>und Künstler*innen. <u>Dies lehnen wir ab.</u></p>	<p>Wir lehnen den Boykott nicht nur wie in Zeile 17 schon benannt als Instrument der Politik ab, sondern stellen uns auch gegen den Aufruf nach einem individuellem Boykott Israels und seiner Produkte.</p>	<p><b>mod. Übernahme</b></p> <p><b>Einfügen in Zeile 6 nach "schärfste: "und lehnen einen Boykott ab."</b></p>

V-10 NEU-008	Paul Meyer-Dunker (Lichtenberg)	8	<b>Von Zeile 8 bis 11 streichen und einfügen: Mit dem Aufruf <u>keine Produkte aus Israel zu kaufen reproduzieren sie die Nationalsozialistische Parole „Kauft nicht bei Juden!“ Dass die BDS-Kampagne eine Einstaatenlösung propagiert in dem die Schutzfunktion Israels als jüdischer Staat nicht mehr existiert halten wir für grundfalsch.</u></b>	Die Formulierung im Antrag ist mehr als unpräzise. Alle 33 deutschen BDS Gruppen unterstützen den Original BDS Aufruf aus dem klar hervorgeht, dass eine Einstaatenlösung und die nichtexistenz eines jüdischen Staates das Ziel sind. Im Gegenzug dazu wird von nur 24 der 33 Gruppierungen auch die entschärfte Version unterstützt, die einen palästinensischen Staat nach 1967 fordert aber auch hier weiterhin die Auflösung Israels als jüdischen Staat fordert. Insofern ist es eine verharmlosung von BDS, zu sagen dass sie ihre Haltung im unklaren lassen. BDS macht sehr deutlich, dass Israel so wie es existiert für sie keinen Platz und kein Existenzrecht hat.	<b>Abstimmung</b>
--------------	---------------------------------	---	--	---	-------------------

<b>V-11: Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machen(von: LAG Bündnisgrüne Christ*innen)</b>					
V-11-001	Nikolas Becker (KV Friedrichshain-Kreuzberg)	1	<b>In Zeile 1:</b> ReformationstagEuropatagzum gesetzlichen Feiertag machen	Das Anliegen des Antrages, mit einem Feiertag für größere Toleranz gegenüber den verschiedenen Kulturen und Religionen zu werben, ist gut und richtig. Es bleibt jedoch unklar, wieso dieses Vorhaben durch die Hervorhebung eines Feiertages einer bestimmten Religionsgemeinschaft best möglich umgesetzt wäre.  Besser geeignet das Anliegen zu vertreten, wäre hingegen ein überkonfessioneller Feiertag. Ich schlage daher den Europatag am 9. Mai als gesetzlichen Feiertag vor. Der Europatag erinnert seit 1985 an die Gründung der Europäischen Union. Wie kein anderer Feiertag unterstützt er gemäß dem Motto der EU "In Vielfalt geeint" die Ideen der Solidarität und der Akzeptanz kultureller und religiöser Vielfalt. Berlin, dem kulturellen Schmelztiegel, dem Wohnort vieler Unionsbürger verschiedenster Herkunftsländer, dem progressiven Zentrum der Union würde der Europatag als gesetzlicher Feiertag bestens zu Gesicht stehen.	<b>Zurückgezogen</b>
V-11-001-2	Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV)	1	<b>In Zeile 1:Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag machenEin Vielfalts-Feiertag für Berlin</b>	Begründung aufgrund der Länge siehe Antragstool <b>Unterstützer*innen:</b> Landesvorstand Grüne Jugend Berlin Ali Onur Firat, KV Neukölln, Andrea Bossmann, KV Kreisfrei, Abteilung Frauen* und Gender, Ezgi Özcan, KV Kreisfrei, LAG Migration und Flucht, Eva Molau, KV Lichtenberg, Louisa Hattendorff, KV Kreisfrei, Grüne Jugend Berlin, Maria Meisterernst, KV Kreisfrei, Sebastian Steinbach, LAG Netzpolitik, Sebastian Walter, KV Tempelhof-Schöneberg, Sibylle Steffan, KV Berlin-Neukölln, Till Schwerkolt, KV Tempelhof-Schöneberg, Ulli Reichardt, KV Kreisfrei	<b>Zurückgezogen</b>
V-11-001-3	Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	1	<b>In Zeile 1:Reformationstag zumFrauen*kanpftag zum gesetzlichen Feiertag machen</b>	Frauen*bilden mehr als die Hälfte der Berliner Bevölkerung. Während es schon mehrere Christliche Feiertage gibt, geht der Frauen*Kampftag häufig unter oder wird lediglich mit einer Rose am Bahnhof oder Kosmetikrabataktioben gefeiert	<b>Zurückgezogen</b>

V-11-002	Nikolas Becker (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)	2	<b>Neuer Titel:</b> <u>Europatag zum gesetzlichen Feiertag machen</u>  <b>Von Zeile 2 bis 3:</b> Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Aufnahme des319. Oktober <u>Mai-ReformationstagEuropatag-</u> in das Berliner Sonn- und Feiertagsgesetz als gesetzlichen	Begründung siehe V-11-001	Zurückgezogen
V-11-002-2	Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV)	2	<b>Von Zeile 2 bis 4:</b> Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Aufnahme des31. Oktober– <del>Reformationstag eines „Tages der Vielfalt“</del> in das Berliner Sonn- und Feiertagsgesetz als gesetzlichen Feiertag ein. <u>Als Datum bietet sich der 8. Juni an – der Tag, an dem im Jahr 1995 die Berliner Verfassung in ihrer aktuellen Version beschlossen wurde. Darin sind die Grundrechte verankert, die wir an diesem Tag feiern wollen. Der Senat ist gefordert, für diesen Tag Mittel bereitzustellen, auf die zivilgesellschaftliche Projekte sich bewerben können, die am Tag der Vielfalt eine produktive Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex anbieten. Bereiche sind Gendergerechtigkeit, Einwanderungsgesellschaft, religiöse Vielfalt, sexuelle Selbstbestimmung, Ableism sichtbar machen und Barrierefreiheit. Ziel ist das Empowerment marginalisierter Gruppen. Menschen für ihre Privilegien zu sensibilisieren sowie Vorurteile und Stereotype abzubauen. Damit kommt der Senat seinem Bildungsauftrag nach und überlässt diese wichtige Bildungsarbeit nicht allein der Zivilgesellschaft.</u>	Begründung aufgrund der Länge siehe Antragstool. <b>Unterstützer*innen:</b> Landesvorstand, Grüne Jugend Berlin Ali Onur Firat, KV Neukölln Andrea Bossmann, KV Kreisfrei, Abteilung Frauen* und Gender Ezgi Özcan, KV Kreisfrei, LAG Migration und Flucht Eva Molau, KV Lichtenberg Louisa Hattendorff, KV Kreisfrei, Grüne Jugend Berlin Maria Meisterernst, KV Kreisfrei Sebastian Steinbach, LAG Netzpolitik Sebastian Walter, KV Tempelhof-Schöneberg Sibylle Steffan, KV Berlin-Neukölln Till Schwerkolt, KV Tempelhof-Schöneberg Ulli Reichardt, KV Kreisfrei	Zurückgezogen
V-11-002-3	Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	2	<b>Von Zeile 2 bis 3:</b> Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Aufnahme des318. Oktober <u>März-ReformationstagFrauen*kampftag-</u> in das Berliner Sonn- und Feiertagsgesetz als gesetzlichen	BEGRÜNDUNGFrauen*bilden mehr als die Hälfte der Berliner Bevölkerung. Während es schon mehrere Christliche Feiertage gibt, geht der Frauen*Kampftag häufig unter oder wird lediglich mit einer Rose am Bahnhof oder Kosmetikrabataktoben gefeiert	Zurückgezogen
V-11-002-4	Landesvorstand (beschlossen am: 15.04.2018)	2	<b>Neuer Titel:</b> <u>Feiertag für alle Berliner*innen</u>  <b>Von Zeile 2 bis 4 streichen und einfügen:</b> <u>Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen sieht in der Diskussion um einen weiteren gesetzlichen Feiertag viele Chancen und Risiken. Entscheidend ist für uns die Art und Weise, wie diese Diskussion - sowohl über das Ob als auch über die Frage, welcher Tag gewählt werden sollte - geführt wird. Hierbei soll keine Gruppe bevorzugt oder diskriminiert werden.Sollte ein weiterer Feiertag geschaffen werden, muss dies ein Tag sein, mit dem sich alle Berliner*innen identifizieren können. Entsprechend wären die Bürger*innen in die Entscheidung mit einzubeziehen.</u>		<b>Mod Ü:</b>  <b>Ein neuer gesetzlicher Feiertag für Berlin?</b>  [LaVo-Text]  <b>Der Landesvorstand initiiert eine ergebnisoffene, parteiinterne Debatte zur Vorbereitung einer Entscheidung auf einer der nächsten LDKen.</b>
V-11-002-5	Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	5	<b>Neuer Titel:</b> Internationalen Frauentag zum gesetzlichen Feiertag machen  <b>Von Zeile 2 bis 3:</b> Der Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Aufnahme des318. Oktober <u>März – Internationaler Frauentag-Reformationstag-</u> in das Berliner Sonn- und Feiertagsgesetz als gesetzlichen	Begründung aufgrund der Länge, siehe Antragstool	Zurückgezogen

D-01: Klimaschutz statt mehr Flugverkehr(von: Frank Geraets (KV Pankow), LAG Mobilität)					
D-01-001	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	1	<p>Zeile 1 bis 10 streichen und einfügen:            Klimaschutz und Kostenwahrheit statt subventioniertem Flugverkehr!  <u>Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz genehmigte eine neue Entgeltordnung für den Flughafen Tegel...</u></p>	Erfolgt mündlich.	Zurückgezogen zu Gunsten D-01-002
D-01-002	Landesvorstand	2	<p>Zeile 2-10 streichen und einfügen:  <u>Flugverkehr ist die klimaschädlichste Art des Reisens. Dazu kommt die Lärmbelastung der Anwohner*innen am An- und Abflugort.</u>  <u>Viele Faktoren beeinflussen die Attraktivität von Flugreisen. Ein wichtiger Faktor ist der Ticket-Preis, ein anderer die Kosten der Fluggesellschaften. Beides lässt sich beeinflussen:</u>  <u>Auf Bundesebene setzen sich Bündnis 90/Die Grünen weiter dafür ein, Kerosin und Flugtickets fair zu besteuern und die Benachteiligung von Bahn und Fernbussen zu beenden.</u>  <u>Auch auf Landesebene können wir den Flugverkehr ökologischer machen. Dazu gehört die Entgeltordnung der Berliner Flughäfen. Sie ist der Preiskatalog für die Fluggesellschaften, die Berlin ansteuern.</u>  <u>Die kürzlich beschlossene Entgeltordnung entspricht nicht unseren Ansprüchen. Um eine ökologische Steuerungswirkung zu bewirken, muss die Entgeltordnung ein ökologisches Bonus-Malus-System umfassen, das sich neben der Co2-Belastung auch an der Lärmbelastung orientiert. Darüber hinaus wollen wir ein Entgelt zur Finanzierung von Schallschutzmaßnahmen nach Frankfurter Vorbild einführen. Ob CO2-abhängige Start- und Landegebühen möglich sind, muss geprüft werden.</u>  <u>Einen Wettlauf nach unten mit den anderen deutschen Flughäfen durch immer höhere Subventionen für die Fluggesellschaften lehnen wir ab. Eine ökologische und anwohnerfreundliche Entgeltordnung setzt zudem Anreize für die Fluggesellschaften, leisere und saubere Flugzeuge anzuschaffen.</u>  <u>Die Zuständigkeit für mehr Klimaschutz im Luftverkehr und weniger Lärm an den Flughäfen liegt vor allem bei der Flughafengesellschaft FBB und den Vertreter*innen im Aufsichtsrat und im speziellen bei der Senatsverwaltung für Finanzen. Die Senatsverwaltung für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr prüft lediglich formal. Doch auch der gesamte Senat und das Abgeordnetenhaus können Einfluss nehmen. Diesen Einfluss werden wir nutzen, um die Entgeltordnung entsprechend der genannten Kriterien zu reformieren.</u></p>		Abstimmung

D-02: Prioritäten setzen.(von: Matthias Dittmer (LAG Mobilität), Annabelle Wolfsturm (KV Tempelhof-Schöneberg), Frank Geraets (KV Pankow), Abteilung Ökologie, LAG Mobilität)